

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

12 (15.1.1917)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Posthalter monatl. 15 S., 1/2jährl. 2,25 M., zugestellt durch unsere Träger 85 S. bzw. 2,55 M., durch den Postbot. 89 S. bzw. 2,67 M., durch d. Feldpost 90 S. bzw. 2,80 M.; vorausschickbar.

Ausgabe: Freitag mittags. **Geschäftszeit:** 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. **Fernsprecher:** Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die östl. Kolonelleute od. deren Raum 20 S. Wohnanzeigen 10 M. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größt. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Eine Abgabe vom Vermögen zur Tilgung der Kriegsschulden des Reiches

Von bürgerlicher Seite wird der „Münchener Post“ geschrieben:

Die Frage der Deckung der Kriegskosten drängt sich immer mehr in die öffentliche Besprechung. In England fordert eine Arbeiterabordnung die Besteuerung der Vermögen und Aquität stellt ihr gegenüber fest, daß die Einkommensteuer in gewissen Fällen bereits 60 Prozent betrage. Eine derartige Besteuerung des Einkommens kommt in ihrer Wirkung der Konfiskation von mehr als der Hälfte jener größten Vermögen gleich, und ohne Zweifel hat ein kriegsführender Staat das Recht, zu seiner Verteidigung den Privatbesitz seiner Bürger einzuziehen. „Alles geben wir freudig hin!“ ist gesagt worden, und wenn es auch über Menschenkraft geht, dabei Freude zu empfinden, so bleibt doch die Notwendigkeit des Eingehens bestehen. Bis jetzt ist zwar nur freiwillig gegeben worden und die Geber empfangen dagegen eine Schuldverpflichtung des Reiches, die jährlich, wenigstens für die ersten 10 Jahre, 5 Prozent Zinsen bringt. Von einem Opfer der Reicher der Anleihen kann daher nicht die Rede sein. Das Opfer ist erst von der Allgemeinheit zu bringen, um diese Zinsen zu bezahlen und schließlich auch die Schuld zu tilgen.

Der Abgeordnete Gothein schätzte vor längerer Zeit schon die Mehrbelastung des Reichs durch Zinsen und Pensionen auf etwa 4,2 Milliarden Mark jährlich, und der Geheimrat Regierungsrat Bittling, Direktor der Nationalbank, bemerkt dazu: „Er selbst wird wohl heute kaum mehr glauben, daß diese Zahl auch nur annähernd stimmt.“ Dabei rechnete Gothein mit dem Eingang einer Kriegsschuldentilgung von 20 Milliarden und einem Friedensschluß im Spätsommer und Herbst 1916. Wenn man heute eine jährliche Mehrbelastung von mindestens 6 Milliarden annimmt, wird man kaum auf Widerpruch stoßen. Das ist 1 1/2mal so viel wie die ganze Kriegsschuldentilgung von 1870 und müßte dauernd jedes Jahr aufgebracht werden neben allen anderen bisherigen Steuern.

Der Mehrbeitrag, diese erste einmalige Abgabe vom Vermögen, wurde sehr drückend empfunden und doch war sein auf drei Jahre verteilter Ertrag weniger als 900 Millionen, jährlich also noch keine 300 Millionen. Die Mehrbelastung durch den Krieg von mindestens 6 Milliarden wäre also mindestens das zwanzigfache des Mehrbeitrags! Die größten Vermögen hatten beim Mehrbeitrag 1,5 Prozent, also in jedem der drei Jahre nur 0,5 Prozent vom Vermögen zu zahlen. Wenn diese größten Vermögen nun dauernd das Zwanzigfache, also 10 Prozent vom Vermögen, sei es in Form einer Vermögens- oder einer Einkommensteuer, alljährlich zahlen sollten, so würde eine derartige Steuer das Einkommen von solcher Vermögen bei weitem übersteigen. Mit anderen Worten, diese Vermögen würden alljährlich durch die Besteuerung teilweise konfisziert.

Eine Vermögenssteuer allein kann daher die nötigen Summen nicht aufbringen und doch sind Vermögens- und Erbschaftsteuer die einzigen Steuern, welche nicht auf die Massen der Besitzlosen abgewälzt werden können. Dazu kommt, daß die Einzelstaaten die Einkommensteuer für ihre eigenen Bedürfnisse beanspruchen, so daß dem Reich auch diese Einnahmequelle wenigstens einseitig verweigert ist. Die Zölle können nicht beibehalten in die Höhe geschraubt werden, denn ein allzu hoher Zoll wirkt prohibitiv und bringt am wenigsten ein. Es bleiben dann nur noch Verbrauchssteuern auf Artikel des Massenkonsums, auch in der Form von Monopolen. Ob Monopole in unserem bürokratisch organisierten Staat solche Einnahmestücke bringen würden, ist mindestens zweifelhaft, wenn auch das Tabak- und Zündholzmonopol in Frankreich vor dem Kriege täglich eine Million Franken brachte. Man spricht von einer Steuer auf Kohle von 4 Mk. per Tonne.

Solche Verbrauchsabgaben von Kohle, Salz, Petroleum, Bier, Tabak usw., dazu hohe Zölle auf Getreide und andere Lebensmittel — wenn damit jährlich 6 Milliarden Mark aufgebracht werden müssen — würden die Preise dermaßen in die Höhe treiben, daß dadurch nicht nur die Lage der arbeitenden Klasse, im engeren Sinne des Wortes, sondern auch diejenige der Beamten und des Mittelstandes geradezu unerträglich würde. Die jungen Leute würden massenhaft auswandern nach Ländern, die nicht unter den Lasten des Krieges gelitten haben, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika, nach Kanada, Australien, Südamerika und Argentinien. Überall würde die deutsche Einwanderung sehr willkommen sein; denn man weiß aus Erfahrung, daß die „Barbaren“ im Lande die besten Bürger werden und durch intelligente Arbeit das Land, wozu sie kommen, zur Blüte bringen. Für Deutschland wäre ein solcher Verlust von Arbeitskräften und Steuerzahlern um so schwerer zu ertragen, als der Krieg bereits so große Lücken in die Reihen dieser wertvollsten Bürger gerissen hat.

Wenn man glaubt, trotz der nicht zu leugnenden unheilvollen Folgen die Verbrauchssteuern nicht entbehren zu können, so müssen heroische Mittel angewandt werden, um jene Folgen auf das Mindestmaß zurückzuführen. Das einzige Mittel dazu scheint die sofortige Tilgung der Kriegsschulden — soweit als möglich — aus dem Besitz der Nation zu sein. Eine einmalige Abgabe vom Vermögen von nur 2 Prozent bei einem Vermögen von 10 000 Mark, steigend bis 50 Prozent von den wenigen Besitzern von 100 Millionen und mehr, würde ungefähr 30 Milliarden einbringen. Da der Zweck der Abgabe die Tilgung der Reichsschuld ist, könnte natürlich die Reichsanleihe zum Nennwert zur Zahlung der Abgabe benutzt werden. Nicht nur würde der Nationalbesitz dadurch nicht geringer, sondern durch die sich ergebende Festigung des Kurzes der Reichsanleihe würde der Nationalbesitz vor dem ihm drohenden Verlust durch Weichen des Kurzes geschützt werden. Durchführbar erscheint uns eine solche Heranziehung des Vermögens nur jetzt, während und sofort nach dem Kriegszustand. Dann aber dürfte sie im Vergleich mit anderen Maßnahmen geradezu ein Segen für die davon Betroffenen werden; denn bei der Rückkehr vom geschlossenen Handelsstaat zur Weltwirtschaft, von der Papiergeldwirtschaft zur Goldwährung, von der Kapitalanlage in Reichsanleihen zur Kapitalanlage in Handel und Industrie, werden sich nur zu viele Verkäufer und fast keine Käufer von Reichsanleihe finden. Wenn aber der Staat die Anleihe zum Nennwert in Zahlung nimmt, wird ihr Wert unerschüttert bleiben trotzdem. Das einlaufende Bargeld kann der Staat als Darlehen in den Handel und die Industrie zurückfließen lassen und mit den Zinsen, die er empfängt, seine eigenen Schulden verzinsen. Auch wird wohl ein Teil des umlaufenden Papiergeldes zurückgezogen werden müssen. Ein Steigen des Kurzes der Reichsanleihe wäre unannehmlich und würde in diesem Zeitpunkt, da die deutsche Industrie im Auslande ungeheure Mengen von Rohstoffen kaufen muß, ein nicht zu unterschätzender Gewinn für das Reich und die deutschen Kapitalisten sein. Die Abgabe müßte, wo dies möglich ist, auch hypothekarisch eingetragen werden können an Stelle von Barzahlung so großer Summen. Nur eines ist nötig: daß die Gehebe darüber schon jetzt während der Kriegszeit geschaffen werden und sofort nach dem Kriege in Kraft treten; denn sonst verflüchtigen sich Kapital und Kapitalisten.

Die Abgabe soll in gleicher Weise von allen Vermögen entrichtet werden, mit Ausnahme der ganz kleinen Vermögen bis zu 5000 Mark. Die ersten 5000 Mark bleiben bei allen Vermögen frei und die weiteren Vermögensteile zahlen nach steigenden Stufen wie folgt:

Vermögensstück von	Abgabe	Vermögensstück von	Abgabe
5 000—10 000	4 pCt.	1 Mill.—2 Mill.	25 pCt.
10 000—20 000	6 „	2 „—5 „	30 „
20 000—30 000	8 „	5 „—10 „	35 „
30 000—50 000	10 „	10 „—15 „	40 „
50 000—100 000	12 1/2 „	15 „—20 „	45 „
100 000—200 000	15 „	20 „—50 „	50 „
200 000—500 000	17 1/2 „	50 „—100 „	55 „
500 000—1 Million	20 „	über 100 Millionen	60 „

Die Abgabe wird erhoben auf Grund des Vermögensstandes am letzten Tage des Monats, der auf den Monat des Friedensschlusses folgt.

Sie ist zahlbar am letzten Tage des dritten Monats nach dem Monat des Friedensschlusses.

Alle Verordnungen und Gehebe aus der Kriegszeit, welche geeignet sind, die Abwanderung der Kapitalisten und der Kapitalisten zu verhindern, bleiben mindestens 15 Tage nach dem Zahltag der Abgabe in Kraft. Deutsche Reichsanleihe kann an Geldesstatt zum Nennwert zur Zahlung der Abgabe benutzt werden.

Die Besitzer von Immobilien können 90 Prozent des darauf entfallenden Teils der von ihnen zu zahlenden Abgabe hypothekarisch zugunsten des Reichsfiskus eintragen lassen und brauchen dann nur die restlichen 10 Prozent der Abgabe am Zahltag entrichten. Der Zinsfuß dieser Hypotheken ist 5 Prozent, jedoch sollen nach dem 9. Jahre von diesen 5 Prozent nur 3 1/2 Prozent als Zinsen, die übrigen 1 1/2 Prozent zur Amortisation verrechnet werden. Als auf die Immobilien entfallender Teil der Abgabe gilt der von dem am höchsten belasteten Teil des Vermögens stammende.

Ertragsberechnung.

Dem Vorschlag für die Ertragsberechnung des Mehrbeitrags lag die preussische Einkommensteuer- und Ergänzungsteuer-Statistik des veranlagten Vermögens für 1911 zu Grunde, und der Vorschlag hat sich als ziemlich richtig erwiesen. Unter Anwendung der obigen Skala auf die in dieser Statistik angeführten Vermögen erhält man für Preußen auf die Veranlagung von 1911 einen Ertrag von ungefähr 14,8 Milliarden. Für Vermögenszuwachs wurde beim Vorschlag des Mehrbeitrags dieser Betrag um 13,53 Prozent gesteigert. Daher ergibt sich nach Hinzurechnung dieser 13,53 Prozent für Preußen ein Ertrag am 31. Dezember 1913 von 16,23 Milliarden. Wie beim Vorschlag des Mehrbeitrags, ergibt sich dann der Ertrag für das Reich durch Umrechnung nach dem Verhältnis von 8:5

(64,92:40,16) = 25,97 Milliarden, für das Datum des 31. Dezember 1913. Zieht man in Betracht, daß seitdem eine weitere Steigerung des Vermögens stattgefunden hat und daß vor allem gerade die großen und größten Vermögen, die zu den höchsten Sägen herangezogen werden, bedeutend gewachsen sind, so kann man sicher auf einen Ertrag von ungefähr 30 Milliarden rechnen.

Vom Krieg. Deutscher Tagesbericht.

Schwere russische Verluste in den Waldkarpthen.

W.W. Großes Hauptquartier, Antlisch, 14. Jan.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Außer lebhafterem Artilleriefeuer beiderseits der Sonne war an der ganzen Front bei Regen und Schnee nur geringe Gefechtsaktivität. Während der Nacht wurden an mehreren Stellen feindliche Patrouillenvorstöße abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Keine Ereignisse von wesentlicher Bedeutung.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

In den Ostkarpthen drangen nördlich der Soldaten Distrik deutsche Grenadiere an mehreren Stellen in die russischen Stellungen ein, fügten dem Feinde schwere Verluste zu und kehrten befehlsgemäß mit Beute und Gefangenen in die eigenen Stellungen zurück. Südlich der Dittostraße wurde eine vom Feinde besetzte Stuppe gestürmt; 50 Gefangene fielen in die Hand des Angreifers.

Herresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Ungünstige Witterungsverhältnisse schränken die Gefechtsaktivität ein. Ein russischer Vorstoß am Sereth nordwestlich Braila ist abgelenkt.

Mazedonische Front.

Zwischen Wardar und Doiran-See blieb ein feindlicher Angriff gegen unsere Stellung südlich Stojakovo erfolglos.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Deutscher Abendbericht.

W.W. Berlin, 14. Jan., abends. (Antlisch.)

An West- und Ostfront keine besonderen Kampfhandlungen. An der Bahn Braila-Galak ist der Ort Badeni genommen.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 14. Jan. (W.W. Nicht antlisch.) Antlisch wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Westlich von Badeni schlugen osmanische Truppen einen russischen Vorstoß zurück. Somit in der rumänischen Ebene wegen schlechten Wetters keine besondere Kampfaktivität.

Südwestlich von Hereträa nahmen gestern die Patrouillen des Generals Goldbach in überraschendem Angriff die Höhe 704. Im Raume von Tölghe erfolgreiche Unternehmungen deutscher Abteilungen, die dem Feinde schwere Verluste zufügten. Weiter nördlich nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Ruhe.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Am 11. Januar griffen Teile dreier französischer Regimenter die österreichisch-ungarischen Stellungen am Südbende des Osrida-Sees von Osten her an. Der französische Angriff wurde abgelenkt, woran auch östlich des Sees angreifend österreichisch-ungarische und bulgarische Abteilungen mitwirkten. Gestern gingen unsere Truppen zum Gegenangriff über und warfen den Feind über die Crava zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:

von Höfer, Feldmarschallsleutnant.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 12. Jan. (W. W.) Antlicher Hresq. Bericht. Wie festgestellt worden ist, ist der englische Kreuzer, dessen Zerstörung gestern gemeldet wurde, der Kreuzer „Scaplane“ und das schwer beschädigte Wachtschiff ein feindliches Kanonenboot, wahrscheinlich ein italienisches. — Eine unserer Patrouillen von den Truppen, die in der Donauarmee kämpften, machte einen Ueberfall auf einen feindlichen Posten und brachte 21 Gefangene zurück. Eine Erkundungspatrouille, die zu den Truppen an der mazedonischen Front gehört, ist am 9. Januar südwestlich von Serres eine englische Erkundungspatrouille zurück. Die Engländer flohen und ließen 12 tote auf dem Platz. In derselben Gegend zerstörte eine andere unserer Patrouillen einen großen Teil des Drahtwerkes der Engländer. In den andern Fronten kein bemerkenswertes Ereignis.

sideanz-Theater
Karlsruhe
Alldstr.
stbesuchspiel-Haus
tze.
von nur
Serien- u.
Films.
ges 237
gsrecht
tag bis
tenstag:
Garmi
öller
en Drama
hterin
n
sholm.
liesel.
a 3 Akten.
telrolle:
Hissen.
r Vorzugs-
h welchen
erhält bei
n den Wo-
ernässigte
skarte.
gerung.
17. Jan.,
9 Uhr n.
2 Uhr an.
erungstotal
wanenfr. 6.
gerung der
fänger
Nr. 11157
tat.
stokal wird
steigerung
am Ver-
am Nach-
enden Tages
109
anuar 1917.
eithaffe.
äntel
75
ionshaus
str.
205
mittel
ammer-
t billiger
satz.
enehmigt.
Sand-
duktel
Gefangenen-
betriebe und
en.
eis, aus erst-
waschbeden-
ntell. Fabrikat
werden Sie
Lieferung
mit 200 Stück
chmer Extra-
bstkostenpreis.
tück Mk. 6.—
ohne Marken-
ikant.
hammer-
rt
elephon 5929
esucht.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Die kommenden militärischen Operationen der Entente.

Bern, 13. Jan. Der Militärkritiker des „Bund“ glaubt, die Entente werde jetzt ihre nach Saloniki bestimmten Verstärkungen durch Frankreich und Italien über Brindisi nach dem korinthischen Meerbusen leiten. Die Voraussetzung dazu sei im Ultimatum an Griechenland geschaffen. Im übrigen könne Sarraïl erst, wenn er über ganz Griechenland als Operationsbasis verfüge, drei- bis vierhunderttausend Streiter, die er noch nicht habe, der Gefahr aussetzen, sich zu einem Angriffszug in Richtung Mesak-Sofia zu entwickeln.

Zur Frage einer Offensive im Westen meint der Kritiker, der operative Gedanke weise die Entente auf eine möglichst breite Angriffsfront hin und besonders auf eine Front, die nicht gut eingesehen werden könne, wo also die Angreifer hinter überhöhen oder fortifikatorisch geschützten Stellungen Truppen bereit stellen können. Die Entente werde sich, da eine fortgesetzte Steigerung des Materialkrieges nicht genüge, das Umfassungsprinzip wieder zu ergreifen machen müssen und wäre es auch nur durch starken Druck auf die Fligel, also nicht unmittelbar flankierend, da dem im Süden die neutrale Schweiz widerstrebe, im Norden aber eine großzügige Kooperation hinzutreten müßte, um auf die Planie einzuwirken. Jedenfalls bedürfte es zur Westoffensive der Entente einer großen Mandrieremasse. Die Schweiz werde sich da für die letzte und für die Neutralen gefährlichste Phase des Krieges ihrer inularen Lage entsprechend vorziehen, ihre Wirtschaft und Lebenshaltung den bittersten Verhältnissen anzupassen und ihre militärische Bereitschaft wie ihre politische Unabhängigkeit unter vollkommener Wahrung der Neutralität nach allen Seiten tunlichst sicherzustellen haben.

Die wahre Stimmung in England.

Osaka, 13. Jan. Der bekannte Professor Vertram Russell hat es möglich gemacht, mit Hilfe einer jungen Engländerin, die sich nach Amerika begab, einen Brief an den Präsidenten Wilson nach Amerika durchzuschmuggeln. In diesem Briefe heißt es:

„Die Fortsetzung des Krieges wird von den einflussreichen Personen in der Presse betrieben, die überall unter der Aufsicht der Regierung steht. In andern Schichten der Gesellschaft sind die Empfindungen ganz anders wie die in der Presse. Die öffentliche Meinung kommt jedoch nicht zum Ausdruck und sie bleibt ohne Wirkung, seit diejenigen, die die Führerdienste leisten konnten, schweren Strafen unterworfen werden, wenn sie sich äußern wollen. Ich glaube, daß der Wunsch nach Frieden nahezu allgemein ist, nicht nur unter den Soldaten und unter den Lohnarbeitenden Klassen, sondern in den Industriegebieten überhaupt, trotz hoher Löhne und guter Arbeitsverhältnisse. Wenn heute eine Volksabstimmung darüber abgehalten würde, ob Verhandlungen eingeleitet werden sollen, so bin ich sicher, daß eine überwältigende Mehrheit zu ihren Gunsten zustande kommen und das gleiche in Frankreich, Deutschland und Oesterreich-Ungarn der Fall sein würde. Nichts wäre so wichtig als der Friede und es wäre kein Schaden, denn ein Frieden, in dem wir nicht alles erreichen, was wir wünschen, wäre nicht so schlimm, wie der Schaden, den die Fortführung des Kampfes verursacht.“

Rußland am Vorabend verhängnisvoller Ereignisse.

Sofia, 13. Jan. Die letzten an leitender bulgarischer Stelle eingelaufenen Nachrichten schildern, wie der „Wostok“ gemeldet wird, die innere Lage Rußlands noch viel ernster, als man allgemein glaubt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß für Rußland große Ereignisse mit Riesenschritten herannahen. Der Rücktritt Trepows und die Ermordung Kaptun's seien nur die Vorläufer viel wichtigerer Vorgänge, die unabwendbar geworden seien und die Grundfesten des russischen Reiches erschüttern würden. Es lasse sich dem russischen Volke nicht mehr verhehlen, daß Rußland militärisch unrettbar verloren sei, da der Mangel an Organisationsform und die ungeheure Korruption jede Aussicht auf Besserung illusorisch machen. Schon die kommenden militärischen Ereignisse an der beharobischen Front würden allen die Augen öffnen und wahrscheinlich das Signal zum Losschlagen geben. Rußland stehe am Vorabend verhängnisvoller Ereignisse.

Wilson's Enttäuschung.

W.A. London, „Daily News“ erfährt aus Washington, daß Wilson einigermaßen enttäuscht sei, daß die Ententemächte keine Möglichkeit zu Friedensverhandlungen offenlassen. Man glaube in amtlichen Kreisen, daß die Antwort der Alliierten der Erwartung eines baldigen Friedens ein Ende mache. Die Bedingungen seien viel zu schwer, als daß Deutschland sie in Erwägung ziehen könnte.

Das amerikanische Volk an der Grenze seiner Geduld.

Köln, 14. Jan. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Washington: Der Richter am New Yorker Obergericht, Howard, sagte auf einem republikanischen Gastmahl: Der Krieg wäre binnen einer Woche zu Ende, wenn der Präsident und der Kongreß den Frieden verlangten und zugleich den Kriegführenden erklärten, Amerika würde sie nicht länger mit Lebensmitteln und Kriegsmaterial versehen. Die Lage des Lebensmittelmarktes hier zu Lande wird kritisch und gefährlich. Die Geschloßlieferanten und Lebensmittelpekulanten wünschen die Fortsetzung des Krieges, aber das amerikanische Volk ist ungefähr an der Grenze seiner Geduld angelangt.

Neutrale Stimmen zur Ententenote.

Von der schweizerischen Grenze, 13. Jan. Die Antwortnote der Entente an Wilson hat in der Schweiz auf das Befälligste abgefohen und alle Friedenshoffnungen jäh erstickt. Der „Bürcher Tagesanzeiger“ bezeichnet die Note als das unerschrockenste Dokument, das in den letzten Wochen bekannt geworden sei. Es ist weniger ein diplomatisches Aktstück als

vielmehr ein leidenschaftliches Plädoyer der einen Mächtegruppe und zugleich ein brutales Bekenntnis zu einem rüchtnichtlosen Sieger- und Eroberungswillen. Die eingestrichelten Phrasen von Recht und Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Zivilisation, ohne welche man sich keine Ententefundgebung denken kann, dienen nur zur Verblüdung der neutralen und erscheinen besonders angebracht in dem Augenblick der letzten Erdrosselung Griechenlands. Die „Bürcher Post“ fragt: „Sollte man Enttäuschung nennen, was wir empfinden? Bis Verzweiflung an der Vernunft und Menschlichkeit, die der Leidenschaft und Wehrhaftigkeit nicht Weisheit werden will?“

Einmütig werden von den Blättern die maßlosen Kriegsziele der Entente verurteilt. Jetzt noch deutlicher als je zuvor steht die neutrale Welt, so sagen die „Bürcher Nachr.“, wo die völlige Unversöhnlichkeit, wo der ungezügeltste Eroberungswille, wo eine beispiellose Eroberungsfucht vorhanden ist. Im „Basl. Anz.“ heißt es: Das ist ein böser Wunschzettel und nimmt sich etwas eigenfämlich aus, wenn man in einem Atemzug solche Forderungen stellt und gleichzeitig die Gegner als eroberungsfähig hinstellt. Der „Bürcher Tagesanzeiger“ meint, das Programm der Entente, das die Zerstückelung ihrer Gegner fordert, rüde auch die Mächte im Völkerecht wieder in die richtige Beleuchtung. Die „Basler Nationalzeitung“ hält dafür, daß der Fehverband sein Weiteprogramm nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche so weit zieht, worauf auch der demagogische, aufgeregte und un diplomatische Ton hinweist. Indem die Entente einen gewaltigen Weitekomplex ankündigt, hat sie die Möglichkeit, alle Teilnehmer ihres Eroberungskrieges recht ausgiebig zu entschädigen; dadurch verhindert sie aber, daß einer abspringt und ein Sonderfrieden sie schwächt. So erklärt sich die Ueberstimmung ihrer Wünsche, die alle untertanen Neutralen abstoßen muß.

In einer Reihe von Blättern wird angeregt, die neutralen Staaten sollen sich nun unter Wilson's Führung vereinigen, um den Frieden zu erzwingen. Die „Basl. Nachr.“ erinnert daran, daß Wilson deutlich erklärt habe, durch die Fortsetzung des Krieges seien auch die amerikanischen Interessen bedroht. Der Präsident werde darum den Kampf für den Frieden fortsetzen müssen, wenn er im eigenen Lande und in Europa als tatkräftiger Staatsmann ernst genommen werden wolle.

Amsterdam, 13. Jan. (B. B.) Die sozialdemokratische Zeitung „Het Volk“ schreibt:

„Das in der Note der Entente aufgestellte Programm gerichtet die Aussicht auf einen baldigen Frieden, es macht dadurch den Eindruck der Unausführbarkeit. Wer in aller Welt wollte es wagen, eine Teilung der österreichisch-ungarischen Monarchie in selbständige Nationen vorzunehmen? Wie kann man einen Frieden- und Slaventat gründend, ohne dabei von neuem nationale Minoritäten zu unterdrücken? Dieses Programm schmeißt die Mittelkräfte zu einem Kampf auf Leben und Tod aneinander. Es bindet sie fester aneinander, als irgend etwas anderes es vermocht hätte. Dazu kommt, daß zwischen der Ausführung dieses Programms und der Lage auf den Schlachtfeldern ein so unermesslich großer Abstand liegt. Die Friedensbedingungen der Entente können nicht verwirklicht werden, so lange sie nicht an allen Fronten, im Westen und Osten, in Europa und Asien gesiegt haben. In der neutralen Welt wird die Kraft Englands nicht gering geschätzt, aber doch es, durch die U-Bootfrage in seiner Entfaltung gehindert, über so unerlöschliche Mittel verfügen sollte, daß es den Sieg an allen Fronten ganz oder teilweise auf seine Rechnung nehmen könnte, wird wohl überall bezweifelt.“

Das komplizierte Oesterreich-Ungarn.

3. Amähtich der vielen Ministerwechsel, die in den letzten Wochen in unserem verbündeten Nachbarreich sich ereigneten, und bei den sonstigen Meldungen über die inneren Vorgänge in der Donaumonarchie werden viele Leser wieder bedauert haben, sich in den staatsrechtlichen Verhältnissen unseres Nachbarreich nicht zurecht zu finden. Es soll daher in kurzen Zügen Aufklärung darüber gegeben werden.

Wie schon der Name Oesterreich-Ungarn sagt, handelt es sich um zwei gleichberechtigte, aber zu einem Ganzen vereinigte Staaten. Diese Gemeinschaft ist in erster Linie durch die Gemeinschaft des Herrscherhauses gegeben. Es bestehen außerdem mehrere wichtige Gemeinamkeiten, die ihre gesetzliche Grundlage auch in dem vielgenannten „Ausgleich“ haben. Gemeinam ist zunächst die k. u. k. Armee und Marine, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, die Verwaltung des Reichslandes Bosnien und Herzegovina und der Reichsfinanzen, gemeinam sind schließlich eine Anzahl höchster Behörden. Alle gemeinamen Angelegenheiten sind äußerlich schon daran zu erkennen, daß sie mit ihnen befaßten Behörden, wie z. B. auch die Konsulate, den Titel „k. u. k.“ führen. Dagegen sind die Behörden des Kaiserthums Oesterreichs als „k. k.“ bezeichnet, die des Königreichs Ungarn als „königlich ungarisch (k. u.)“.

Neben der gemeinamen Armee bestehen noch die österreichische Landwehr und die ungarische Honved. Man muß nämlich wissen, daß drüben unter Landwehr nicht wie im Deutschen Reich nur eine Reserveformation zu verstehen ist, die erst im Kriege aufgestellt wird, sondern daß es auch schon im Frieden Landwehrtruppen gibt, zu denen man ebenloquit ausgehoben wird wie zur gemeinamen Armee. Diese beiderseitigen Landwehren sind auch vollständig mit allen drei Hauptwaffengattungen, Sanität und sonstigen Erfordernissen, sogar auch mit Musikkapellen, ausgerüstet. Natürlich unterscheiden sie aber in letzter Linie gleichfalls der gemeinamen Leitung durch den k. u. k. Generalstab.

Da Oesterreich wie Ungarn selbständige Staaten sind, haben sie jeder eine eigene Regierung mit den üblichen Einzelministerien, darunter auch je einem Landesverteidigungsministerium, für die Landwehren, sowie für die Unterrichts-, Reklamationsangelegenheiten und ähnliche Verwaltungszweige. Außerdem besteht in Oesterreich noch die Einrichtung, daß gewöhnlich noch ein oberer mehrere „Minister ohne Portfeuille“ dem Kabinett angehören, etwa als Vertreter der Deutschen oder Polen; der letztere ist sogar eine ständige Einrichtung und wird gemeinam „galizischer Landesmannminister“ genannt. Jabelang gab es auch einen hiesigen Vertrauensmann im Kabinett, jedoch ist dessen Büro eben jetzt aufgelöst worden und es ist zurzeit kein solcher ernannt, vielleicht, weil der neue Ministerpräsident Graf Clam-Martinich politisch dem hiesigen Lager zugerechnet wurde, vielleicht aber ist es auch als dauernde Maßnahme gedacht.

Außer den beiderseitigen Regierungen gibt es die gemeinamen Ministerien des Aeußeren und des Kaiserlichen Hauses, des Krieges und der Reichsfinanzen, woch letzterem auch die Zivilverwaltung Bosniens untersteht. Auch alle Hofämter sind „k. u. k.“.

Die Kosten für die gemeinamen Einrichtungen, vor allem also für die Armee und Marine werden von den beiden Staaten in einem durch den Ausgleich genau bestimmten Verhältnis, der Quote, aufgebracht. Sie betragt jetzt 34,4 Prozent für Ungarn, und 65,6

Prozent für Oesterreich. Die Hölle an der Reichsgrenze werden von demjenigen der beiden Staaten erhoben, durch dessen Grenze die Ware eingeht, aber vornehmlich für die gemeinamen Ausgaben verwendet. Es gibt zwar eine gemeiname Staatskassa, aber die stammt aus jenen Zeiten, wo Ungarn die 1867 befestigte Selbständigkeit noch nicht bejah. Seitdem aber werden gemeiname Staatskassen nicht mehr aufgenommen, wie denn auch im jetzigen Krieg nur österreichische und ungarische Kriegsanleihen gefondert aufgenommen werden.

Das Staatshaupt ist bekanntlich auch nicht etwa Kaiser von Oesterreich-Ungarn, sondern Kaiser von Oesterreich und „apostolischer“ König von Ungarn, worum sich noch eine große Anzahl von Titeln als Herrscher der einzelnen österreichischen Provinzen und der ungarischen Nebenländer ranken; darunter sind auch die Herrschertitel mancher längst nicht mehr unter Habsburgs Szepter stehenden Landes. Sozusagen für den Tagesgebrauch lautet der Titel: „Seine Kaiserliche und königliche Apostolische Majestät“. Der Ausgleich ist ein umfangreiches Gesetzgebungswerk, das alle zehn Jahre erneuert wird und wodurch die Beziehungen zwischen den beiden Staaten geregelt werden. Er enthält das Zoll- und Handelsabündnis, das zur Folge hat, daß zwisehen Oesterreich und Ungarn keinerlei Zölle erhoben werden. Mit dem Geiste dieses Bündnisses sind auch irgendwelche wirtschaftliche Absperkungsmregeln eines Staates gegen den andern nicht zu vereinbaren. Aus dieser Ueberzeugung wie aus der Not der Kriegszeit kommen die Vorwürfe wegen der ungarischen Beschränkungen der Rohwarenmittelausfuhr nach Oesterreich.

Die Handelsverträge mit dem Ausland werden von Oesterreich-Ungarn geschlossen. Ebenso sind die Zollsätze gegenüber dem Ausland in beiden Staaten gleich. Da nun Oesterreich bereits zum industriellen Uebergewicht neigt, während Ungarn noch starker agrarisch ist, da ferner Oesterreichs Landwirtschaft den Bedarf des Landes nicht entfernt zu decken vermag, ist es naturgemäß äußerlich jähwierig, zwischen den auseinandergehenden Interessen beider Staaten die richtige Mitte zu finden. In Oesterreich sind weite Kreise der Bevölkerung gegen die hohen Agrarzölle, die lediglich als im Interesse der ungarischen Großagrarier gelegen betrachtet werden, und denen man auch die Schuld daran gibt, daß die Volkswirtschaften durch die Erschwerung ihrer agrarischen Einfuhr betanlastet wurden, sich gegen die österreichische Industrie anzuschließen und ihren Bedarf aus anderen entfernteren liegenden Industrieländern zu decken. Allerdings mag dazu auch noch beigetragen haben, daß die österreichische Industrie infolge hoher Eisen- und Maschinenzölle und unter dem Druck eines rüchtnändigen Steuerhijems und der gegen die eigenen Interessen protegierten Zünfterei teurer produziert als etwa die deutsche Industrie, obwohl die Löhne erheblich niedriger sind und die Sozialversicherung lange nicht so ausgebaut ist.

Beide Staaten der Monarchie entbehren der nationalen Einheitlichkeit. Während man aber in Deutschland doch schon ziemlich allgemein weiß, daß die Deutschen mit ihren zehn Millionen nur eine Minderheit unter den 20 Millionen Oesterreichern darstellen, ist es nicht so bekannt, daß die Magyaren mit kaum 9 Millionen gleichfalls nur eine Minderheit unter den 20 Millionen Ungarn darstellen. Die übrigen Minderheitsnationen sind in beiden Staaten zum Teil die gleichen — aber während sie in dem auf höherer Entwicklungstufe stehenden Oesterreich sich nach und nach Geltung im Staate verschaffen konnten, ist Ungarn das Gepräge eines magyarischnationalen Nationalstaates durch eine scharfe, auch rüchtnichtlose Politik erhalten geblieben. Auch dieser Gegensatz spielt bei den Reibungen zwischen beiden Reichshälften eine Rolle. Gerade diejenigen österreichischen Politiker, die das Gewicht Oesterreichs wieder vergrößern wollten, haben nicht selten die „Erweckung“ der nichtmagyarischnationalen Nationalitäten Ungarns angeregt. Dadurch fühlten sich die Ungarn beherrschenden magyarischnationalen und Städtekreise bedroht und daraus entstand in letzter Zeit jener, gegen diese, Franz Ferdinand zugeschriebenen, Tendenzen gerichtete Nationalismus, der zwar dort, wo er seinerseits die Lockerung der Gemeinamkeit zugunsten einer ungarischen Armee und der bloßen Personalunion (Verbindung lediglich durch die Person des Herrschers) verlangte, gescheitert, aber aus dem doch die ganze Richtung Liszto emporgestiegen ist. Eine große Stärke des Magyarentums liegt eben darin, daß es mit Recht betonen kann, ihm könne nur an einer starken Habsburgermonarchie liegen, da bei ihrem Fehlen die Magyaren nur ein kleines, an Bedeutung naturgemäß geringes Volk wären, während schließlich für die Deutschen wie für die Slaven und Rumänen — rein für sich betrachtet — auch andere Möglichkeiten beständen, wenn es auch fraglich ist, ob ihre Verwirklichung im Interesse dieser Volksteile läge und zu ihrer Verbedigung anfallen würde. Das Interesse der Magyaren deckt sich mit dem der Dynastie und der zu ihr haltenden Schichten, und darum haben die herrschenden Teile der magyarischnationalen Nation in der Doppelmonarchie heute eine so wichtige Position.

Auf der anderen Seite sehen wir Oesterreich nach jahrzehntelangen beispiellosen Kämpfen der Nationen ohne Parlament durch den Krieg gehen und sich seiner Haut entschließen weit besser wehren, als man oft vorher geglaubt haben mag. Aber die Aufschaltung des Volkes von jeglicher Mitbestimmung jähwächt natürlich auch das Gewicht der westlichen Reichshälfte im Verbands.

Ueber die speziell österreichischen Zustände und Einrichtungen werden wir in einem zweiten Artikel berichten.

Aus der Partei.

7. bad. Reichstagswahlkreisverein. Die Mitgliedschaften werden erucht, die Abrechnung für das 3. Quartal endgültig fertigzustellen und nebst den Geldern sofort einzufenden. Auch sind noch einige Vertrauensleute mit der Abrechnung der Volkszähler im Rückstand. Auch mit diesen muß abgerechnet werden. Ein kleiner Posten Kalender steht den Vertrauensleuten, welche nach solche benötigen, zur Verfügung. Der Kreisvorsitz: J. A. Haberer.

Der Parteiaussschuß

Ist auf 18. Januar zu einer Sitzung nach Berlin einberufen, um zu der durch die Reichskonferenz der Opposition geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

Anerkannte Leberwürste.

38. Bürich, 11. Jan. Solange die Sozialdemokratie in der Schweiz nicht die Mehrheit hat, schiden wir nur eine anerkannte Leberwürst in den Bundesrat“, so sprach sich ungefähr vor Jahresfrist einer der heutigen Wortführer in der Partei, Raine, aus. Es ist daher nur logisch, daß es nun den anerkannten Intelligenzen und praktischen Arbeitern in den Regierungskreisen nicht mehr so ganz behagt, ein Mandat weiter auszuüben, von dem sie bisher eine höhere Auffassung hatten. Und darum gehen sie jetzt in Reihen freiwillig, um der neuen Strömung, bezw. den anerkannten Leberwürsten Platz zu machen.

werden von Grenze die... aber die... Kaiser von... Anzahl von... auch die... laut der... Beziehungen... Österreich... Maßnahmen... kommen die... Maßnahmen...

Erst vor ein paar Tagen berichteten wir über den Rücktritt des Nationalrats Jäggi von seinen politischen Mandaten. „Der Tagewacht“ wollte es zunächst nicht wahr haben, daß derselbe mit politischen Differenzen zwischen Jäggi und der Parteileitung zu tun habe. Die Austrittserklärung und Begründung, die Jäggi dem Parteivorstand überhandte, zerstreute aber darüber jeden Zweifel. „Wenn die gesamte sozialdemokratische Partei positiv mitarbeiten würde, könnte sie meines Erachtens zum Vorteil der Unbemittelten auf die Erledigung der Staatsgeschäfte einen viel größeren Einfluß ausüben, als dies heute der Fall ist.“ Wer solchen Standpunkt einnimmt, eignet sich nicht recht zur Leberwurst.

Gewerkschaftliches.

Neue Spaltungsversuche in den Gewerkschaften. Bekanntlich hatten die in der sozialdemokratischen Partei vertretenen zwei oppositionellen Richtungen, die Arbeitsgemeinschaft und die Spartakusgruppe, eine Reichskonferenz vom 7. Januar einberufen. Die Spartakusleute stellten für ein gemeinsames Vorgehen mit der Arbeitsgemeinschaft besondere Bedingungen, die in sogenannten Grundfragen oder Richtlinien formuliert wurden. Die Gewerkschaften wickeln aus diesen Richtlinien für das Bündnis diese eine interessieren: „Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstitutionen innerhalb der Gewerkschaften; Organisation zu diesem Zweck der auf Seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder und Schaffung eines speziellen Gewerkschaftsblattes“. Wir registrieren diese Forderung als neuen Versuch, den Saitenpfeil in die bisher festgefügte Gewerkschaftsbewegung zu bringen.

Die Parteiopposition gegen die Gewerkschaften.

Von Wilhelm Janjion.

Die Parteipresse hat mit der Abhaltung der organisierten Sonderkonferenz am letzten Sonntag einen Höhepunkt erreicht, der eine reinliche Scheidung auch im Interesse der Gewerkschaften herbeiführt. Wohl ist die Existenz der Gewerkschaften nicht unbedingt abhängig von der einer sozialdemokratischen Parteioffiziation, das haben die Beispiele Englands, Frankreichs und Amerikas gezeigt, um drei verdienstvolle gewerkschaftliche Strömungen zu nennen, die teils im Gegensatz zur politischen Sozialdemokratie, teils diese ignorierend, sich eine relativ mächtige Stellung im Arbeitsleben dieser Länder errungen haben. Aber die deutsche Arbeiterbewegung ist von allem Anfang an andere Wege gegangen. Hier war das Bewußtsein in den Gewerkschaften immer vorherrschend, daß die zur Ergänzung ihrer eigenen auf wirtschaftlichem Gebiete liegenden Tätigkeit einer starken politischen Interessenver-

In französischer Gefangenschaft.

Von einem deutschen Buchdrucker, der in der Champaner Schlacht dem vorigen Herbst in französischer Gefangenschaft geraten und jetzt als Kranke in der Schweiz (Heiden am Bodensee) interniert worden ist, stammen die nachfolgenden interessanten Aufzeichnungen aus der Gefangenschaft, die zwecks Veröffentlichung zur Verfügung gestellt werden.

Ein Anstichtag.

In heftigen Stößen brauste der Sturmwind durch die Landschaft der Champagne. Ein feiner, durchdringender Regen rieselte hernieder und wandelte unsere zerfetzten Schlingengräben in schlammige Massen. Dicker Nebel verhiinderte am Vormittag des 25. September 1915 jegliche Aussicht zu den französischen Stellungen.

Nach dem Donnergetöse eines fast dreitägigen, ununterbrochenen Trommelregens aus mehr als 3000 französischen Geschützen begann in früher Morgenstunde im Schutze der Nebelhülle die schon seit geraumer Zeit in Aussicht stehende französische Offensivbewegung. Es entwickelten sich blutige Kämpfe, in deren Verlauf ich mit noch anderen Kameraden am Abend des 26. September in Gefangenschaft zu geraten das Recht hatte.

In Feuer unserer eigenen Kanonen eskortierten uns zum Teil leicht angeheftet, temperamentsvoll gestikulierende Infanteristen nach einem in geringer Entfernung befindlichen Sammelplatz.

Kurze Zeit nachher ging unser Marsch ins Gebiet des französischen Staates los, einer düsteren Zukunft entgegen. Anfänglich liefen wir ein Stück Weges über freies Gelände. Hier boten sich grauenvolle Szenen. Zahlreiche Franzosenleichen und vereinzelt klagelohnde tote Deutsche, zum Teil mit furchtbar entstellten Gesichtszügen, lagen überall umher. Verwundete stöhnten um Hilfe und Rettung, die jedoch nicht allen zuteil werden konnte. Mit hitzeren, faherfüllten Gebärden wiesen manche unserer französischen Begleiter auf jene Unglücklichen hin; und ein Deutsch sprechender Soldat verdolmetzte wohl die Gefühle seiner Landsleute, als er zu uns sagte: „Die habt Ihr auf dem Gewissen!“

Endlich befiel man uns, in die französischen, breit und gut angelegten Gräben hinauszugehen. Die begleitenden Soldaten erwießen sich meist als recht begehrliche Leute. Sie juckten und fanden bei den Gefangenen alle nur möglichen Sachen. Taschentücher, Messer, Geld, Papiere, Photographien, Waffenrohre und dergleichen mußten wir den französischen Kriegern „verbreiten“. Besonders Appetit zeigten die Franzosen nach deutschen Zigaretten.

setzung beharrt, die im Parlament die sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften zu Gehör zu bringen vermag.

Eine solche Vertretung bildete bisher die sozialdemokratische Partei. Gewiß sind Reibungen zwischen ihr und den Gewerkschaften nicht ausgeblieben, der Idealzustand ohne solche ist kaum erreichbar. Aber die Einheit und die straffe Disziplin der Partei bot den Gewerkschaften nicht nur die Gewähr für eine entschiedene Vertretung ihrer Interessen im Parlament, sondern wir waren auch das gute Beispiel, das für den Aufbau der gewerkschaftlichen Organisation und die Führung ihrer Kämpfe von ausschlaggebender Bedeutung wurde. Was die deutschen Gewerkschaften in diesem Punkte der Partei verdanken, läßt sich zwar nicht in Zahlen oder Worten ausdrücken, wohl aber haben wir alle ein ausgeprägtes Gefühl dafür, die wir in Partei und Gewerkschaft zugleich unsere sozialistische Schulung genossen haben.

Zeit zwei Jahren befindet sich die Partei in einem Auflösungsprozess. Er begann mit dem Disziplinbruch Liebknechts im Reichstag im Dezember 1914. Mochte man auch über diesen Fall kopfschüttelnd hinweggehen, ihn als die Tat eines Engängers betrachten, so ließ doch der spätere Disziplinbruch einer ganzen Gruppe von Abgeordneten im Reichstage keinen Zweifel über den Ernst der Situation zurück. Das spiegelt sich am deutlichsten in der gewerkschaftlichen Presse wieder, wo die Parteivorgänge von einem anderen Standpunkt gewertet werden müssen, als dem der unmittelbare beteiligten politischen Partei. Denn für die Gewerkschaften hat der Disziplinbruch weit ernstere Bedeutung, weil er ihre ganze Tätigkeit, jeden Erfolg unmöglich macht. Wenn aber die ersten politischen Führer der Arbeiterpartei keine Disziplin zu halten für nötig erachten, wie soll man dann den „einfachen“ Arbeiter in der Werkstatt, dem „jüngsten Rekruten“ in der Gewerkschaft unbedingte Disziplin im Lohnkampf erwarten können. Schon bisher war es schwer genug, die Arbeiter im Lohnkampf zusammenzuhalten, und manche Lohnbewegung, mancher Streik, und manche Aussperrung endete mit dem Siege der Unternehmer, weil den Arbeitern die Disziplin, der Zusammenhalt fehlte.

Die Duldung des ersten Disziplinbruchs in der Partei hat die weiteren ersten Folgen nach sich gezogen. Beispielsweise die Politik der verantwortlichen Parteiführer, die die Parteipolitik noch immer vermeinen zu können glauben, vollst auf zu wändigen wissen, so müssen wir doch nach der Konferenz des letzten Sonntags und den ihr vorangegangenen Taten der Opposition behaupten, daß dieser Ernst der Lage nicht rechtzeitig vorausgesehen und die nötigen rationalen Maßnahmen dagegen nicht ergriffen wurden.

Die Stärke der Partei ist heute mehr denn je abhängig von einer starken Gewerkschaftsbewegung, aber es ist auch umgekehrt. Eine dezentralisierte, im Innern zerplatzte Partei ist eine Gefahr für die Gewerkschaften. Der Beweis liegt heute, im Anfangsstadium zwar, bereits vor. Die Opposition, Arbeitergemeinschaftler und Spartakusleute erklären mehr oder weniger offen, daß sie ihren Kampf gegen die Partei auch in den Gewerkschaften aufnehmen wollen. Selbst die Beitragsperre gegen die Gewerkschaften wurde propagiert, vereinzelt verbreiteten sogar einige Parteiblätter diese wahnwitzige, die Arbeiter dem Diktum der Unternehmer ausliefernde Idee. Auf der Reichskonferenz der Opposition forderten 41 „Vertreter“ den systematischen Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstitutionen innerhalb der Gewerkschaften und zu diesem Zweck die organisatorische Zusammenfassung der auf Seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder. „Die Politik der Gewerkschaftsinstitutionen“, das ist die auf Grund gewerkschaftlicher Erfahrung von den Generalsekretariaten und Kongressen der Gewerkschaften festgelegte Politik unserer Gewerkschaften. Und der Sprecher der anderen 111 Abstimmentenden, Daase, erhob sein Fernruhmwort gegen den alten Trades-Unionismus. Da wir in Deutschland keinen englischen Trades-Unionismus, sondern nur ein rein deutsches Gewerkschaftswesen haben mit eigener historischer Entwicklung im engsten Einvernehmen mit der Partei ist es nicht schwer, sich darüber klar zu werden, was der erste Führer der Arbeitergemeinschaft zu III. Vor wenigen Wochen hat Kauch in der „Neuen Zeit“ schon die genü-

Nach größerer Freude bereiteten den Republikanern die Fiedelhauben. Sie ließen laute Freudenschreie steigen, wenn es ihnen gelang, einen deutschen Helm von uns zu „erobern“. Wohl oder übel sahen wir uns gezwungen, die begehrte Kopfbedeckung den ausländischen Interessenten auszuliefern. Der Wind hatte, bekannt von den Franzosen für den entwertenden Helm irgendein Franzosenkäppi; andere dagegen — darunter auch ich — hatten sich mit der Unannehmlichkeit abgefunden, im frömdelem Regen darhäuptig von dennen zu ziehen. Schlimmer noch war es bei solchen heftigen, denen die Franzosen die Kopfträger gemopft hatten.

Snurrenden Magens waten wir zu guter Letzt durch die Schlammpfützen eines Laufgrabens und waren froh, als wir nach etwa zweihundertm Gangen wieder offenes Gelände betreten konnten. Immer weniger vornehmbar wurde der Kanonendonner und als wir todmüde, hungrig und in wenig ruhiger Stimmung Sumpfes erreichten, umgab uns die schon lange entbehrte Ruhe einer Landschaft zur Friedenszeit. Ohne Speise und Trank zu empfangen, pferchte man uns zum Teil in einem industriellen Gebäude zusammen auf ein Stroslager. Die größere Hälfte unserer Leidensgenossen mußte indessen im Freien bei kaltem regnerischem Wetter campieren.

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Stofftheater Karlsruhe.

„Trompeter von Satingen“. Auch dem Krieg, der doch alle Werte umzuwerten droht, ist es bis jetzt nicht gelungen, Achters ewig sentimentalem Trompeter das Handwerk zu legen. Nach wie vor füllt er das Haus mit dankbarem Publikum und die Augen der jüngeren, ja auch älteren Damenwelt mit Tränen der Rührung, und läßt er auch, wie gestern abend, oft daneben und schwach bedenklich auf der schwabingigen Höhe seiner Laute, so schadet das seinem guten Ruf nicht im geringsten. Und warum auch? Sind doch seine rühmlichen Gesangsvereinslieder und altnordischen Schläger verhältnismäßig gewiß nicht seltener als Familien Schmelz und Genossen, die wir im Groß-Stofftheater in diesen bedrängten Zeitaltern vorgeeifelt bekommen. Und da gibt's doch auch etwas zu sehen und zu hören, und was es nur das feine Maiballet, das von Trio Allegri, Merlens-Lager, Napp in seiner Art tadellos absolviert wurde. Freilich, über „Dichtung“ und „Musik“ selbst zu reden, erübrigt sich. Zum Beiden des Publikums sei angenommen, daß seine große Hälfte erzieht, weil die Namen von Gorkom und Th. Müller-Riechel auf dem Zettel standen. Aber auch die übrigen Kräfte machten ihre Sache gut. Byllard als Hof-

genden Andeutungen gemacht, als er „eine neue gewerkschaftliche Taktik“ nach dem Kriege forderte.

Unjere Gewerkschaften können aber keine am grünen Tisch ausgeklügelte Taktik gebrauchen. Sie müssen für den praktischen Tageskampf gerüstet sein. Und sie können ebensowenig dulden, daß die Parteizersplitterter ihre Tätigkeit auf die mühsam aufgebauten gewerkschaftlichen Organisationen ausdehnen. Soweit ihre eigenen Reihen in Frage kommen, werden sie bewußte Organisationsmaßregeln vorkommendenfalls auf dem kürzesten Wege zur Tür hinaus befördern. Aber darauf kommt es nicht an. Auch von der Partei muß erwartet werden, daß sie nicht dauernd Leute mit der Glorie der Parteizugehörigkeit ziert, deren einzige Tätigkeit die Lehrlings- und Zersplitterung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen begreift. Eine Bedeutung haben die führenden Kräfte des Disziplinbruchs und Organisationszersplitterter nur so lange sie in der Partei sind. Das wissen sie selbst am besten, wie aus ihren Reden auf der Sonderkonferenz genügend hervorgeht. Den systematischen im Rahmen unserer Organisation betriebenen Bemühungen, Partei und Gewerkschaften zu spalten, oder in den Sumpf eines unfruchtbaren syndikalistischen Partraktualismus zu führen, muß auch im Interesse des künftigen Zusammenwirkens von Partei und Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterklasse die reinliche und schnelle Scheidung vorgezogen werden.

Ausland.

Hollands Schweigen erzwungen?

Am Haag, 10. Jan. Die Tatsache, daß von einer Unterzeichnung der Friedensaktion im allgemeinen und der vermittelnden Bemühungen Wilsons im besonderen seitens der niederländischen Regierung bisher nichts verlautete, während z. B. die Schweiz und Spanien ungehört ein übriges getan, mußte auffallen. Insofern verhält die holländische Presse sich sehr schweigsam. Bei der Abhängigkeit, in die Holland sich bei seiner Vorkriegs-Verordnung — um nur dieses eine Problem zu nennen — von England verwickelt sieht, lag jedoch die Erklärung nahe, daß man befürchtete, mit einer Sympathieerklärung bei England anzudeuten. Das zu vermeiden mag die niederländische Regierung mehr denn je allen Grund zu vermeiden, daß die erst vor einigen Tagen eingeführte Prokration von 4 Pfund pro Tag und Kopf noch eine Einschränkung erfahren wird, sofern die Anfuhr von (amerikanischen) Weizen noch länger eine so ungenügende bleibt als in letzter Zeit.

Die keineswegs deutschfreundliche lattholische „Tud“ hielt es aber doch für geboten, das befremdliche Schweigen Hollands im Chor der neutralen Friedenshelfer zu erklären. Das Blatt bekannte, daß verschiedentlich die Frage zu vernehmen gewesen, weshalb Niederland, das Land des internationalen Rechts und des Friedenspalais, das Land strikter Neutralität sich in Schweigen hülle. ...

Ausdehnung der Dienstpflicht in England.

W. London, 13. Jan. Die „Times“ berichtet, daß gestern in Downing Street ein wichtiger Ministerrat über die Verstärkung der Armee und die allgemeine Dienstpflicht stattfand, an der Lord George, Henderson, Chamberlain, Prothero, Lord Abouda und Lodge teilnahmen. Die bereits getroffenen Maßnahmen zur Anfüllung der Armee sollen noch ausgedehnt werden. Man erwartet, daß jedermann unter 21 Jahren, der körperlich geeignet ist, zum aktiven Dienst aufgerufen werden wird.

Deutsches Reich.

Das Ende der preussischen Verwaltungsreform.

Im Jahre 1909 ist in Preußen eine Interimskommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform eingesetzt worden. Die Kommission hat nun die Jahre hindurch gearbeitet und nunmehr ihre Tätigkeit eingestellt. Resultate sind überhaupt nicht erzielt worden, wenn man nicht als Resultat buchen will, daß der Vorsitzende der Kommission, Frhr. v. Jeditz, das Prädikat Erzellenz und die Mitglieder Orden bekommen haben. Dieser Ausgang der Kommissionsberatungen beweist nicht etwa, daß eine Verwaltungsreform in Preußen nicht notwendig ist. Der ganze Vorgang zeigt

meister, Ed als alter, Kainbach als junger tollfuger Graf Wildenstein sangen in ihren kleineren Rollen befriedigend, aus Frau Josef-Lomisch kam ihrer Aufgabe als Schwägerin wie Hande der des Conradin nach, während Gageborn als Metze von Heidelberg durch feines Spiel und unendliche Ausdrucksfähigkeit. Auch Giesens Freier ließ Raum für mancherlei Wünsche, denn sein Spiel hat nur eine Farbe und erzeit sein Maß durch Tiefe, so enttäuscht er gleichzeitig in beliebiger Stimmlage durch allzu häufiges Detonieren. Aber man konnte diese Fehlpunkte ohne weitere Verstimmung hinnehmen: Gorkoms und Frau Th. Müller-Riechels Erscheinen glückte das alles, eingeschlossen die Sünden von Dichter und Tonsetzer, wieder aus, von Gorkom als Trompeter recht am Platz. Das Lyrische liegt ihm stimmlich und darstellerisch ausgezeichnet und da hört er auch durch feinerlei Härten. Mein im Ton, weich und doch metallisch im Klang, leicht in der musikalischen Bewegung und Figur, sicher und angenehm als Darsteller, so gewinnt er sich unfehlbar das ganze Haus und hält es in Stimmung. Und gewiß ist es ein glänzendes Zeichen für sein Können, wenn er abgedrohtene Schmarren wie das Trompeterlied selbst für bewohnte Ansprüche zu gesteigerter Wirkung beleben kann. Aber über ihm steht noch Frau Müller-Riechel. Man kann über seine ihrer Rollen reden, ohne in den Ton des Humors zu verfallen, und das ohne jede Voreingenommenheit. Sellen wird man eine Künstlerin finden, die ihre Höflichkeit so selten zwingt, sich zu ihrer eigenen Gemeinde zu bekennen, wie sie. Da ist niemand im gefüllten Haus, vom einfachsten Mann bis zum anspruchsvollsten Liebhaber und kritischen Kenner, der sich nicht nach ihren ersten Tönen in ihrem Banne gefangen wähle. Ihre innere natürliche Bildung, mit der sie für jedes Wort ohne weiteres den rechten Ton findet, der Schmelz ihrer kultivierten Stimme verleiht jedem gesungenen Wort aus ihrem Mund das Gepräge der Vollkommenheit, sei's daß sie als Cherubin und Jerine aus Tränen abging, sei's daß sie einzig und allein unvollkommene Modestücke wie Rustantennadel und Dreimäderlhaus uns lieben macht. So auch gestern, wo sie wieder als Marie zeigte, daß vor ihrer Fähigkeit, alles veredelnd zu verkörpern, selbst das Wort „Molle“ ein Hindnis wird: sie fernt ja kein Handwerk der Kunst, bei ihr wird Musik zum uraltewig-jungen Wunderwerk. ... Und solche Leute, die Vollkommenes leisten und für unsere Oper unerschöpflich sein werden, nach denen man sich nie an andere mindere Kräfte gewöhnen wird, sie läßt eine Intendanz des Hoftheaters wegen einiger Hundert Mark, wie man hört, und weiß Gott welcher anderer Menschlichkeiten leben. Obwohl sie genau weiß, wissen muß: Publikum wie Kritik haben sie teils, lieben sie beide. Das wird man schwer begreifen. Wohl aber das, daß die Leitung unseres Theaters sich um die musikalischen, literarischen und sogar die wissenschaftlichen Wünsche ihres Publikums nichts kümmert. Und so wird es ja wohl weiterhin bleiben. Dr. P.

höchstens, daß, wenn wieder geregelte Zustände im Lande eingetreten sind, der Druck von außen kommen muß.

Der preussische Fideikommiss-Gesetzentwurf

Ist soweit vorbereitet, daß er voraussichtlich bei Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses am 16. d. M. diesem vorgelegt werden können. Man rechnet damit, daß der jetzt in Aussicht genommene Gesetzentwurf zur Verabschiedung gelangen wird und zwar umso mehr, als den Wünschen des Zentrums durch Hinzufügung von Bestimmungen Rechnung getragen ist, durch welche für bäuerliche Besitzungen eine fideikommissähnliche Einrichtung ermöglicht werden soll.

Baden.

Der badisch-pfälzische Zeitungsverleger-Verein hielt am gestrigen Sonntag in Karlsruhe eine außerordentliche Versammlung ab, in welcher ausschließlich Kriegsmassnahmen beraten wurden. Die Tagung war aus allen Teilen des Organisationsgebiets stark besucht und nahm geraume Zeit in Anspruch.

oc. Mannheim, 15. Jan. Goldene Zeiten. Der Verband ländlicher Genossenschaften Reiffeisenfischer Organisation für Baden, Rheinpfalz und Hessen konnte das Verhältnis der Schulden zum Guthaben der Mitglieder von Kriegsbeginn bis Ende September vor. Jahres in ungeahnter Weise bessern, nämlich von 83 Millionen Schulden und 79 Millionen Vermögen am 31. Juli 1914 auf 30 Millionen Schulden und 230 Millionen Mark Vermögen am 1. Oktober 1916.

oc. Mannheim, 14. Jan. Im Monat Dezember 1916 sind im Bezirk Mannheim insgesamt 105 Personen zur Anzeige, das heißt zur Beirathung gekommen, weil sie gegen die Kriegswirtschaftlichen Bestimmungen verstoßen haben.

oc. Mannheim, 14. Jan. Aus Anlaß des Ausscheidens des Stadthauptmanns Dr. Landmann aus seinem Amte hat ihm der Stadtrat ein Dank- und Anerkennungsschreiben zukommen lassen. Dr. Landmann war 23 Jahre lang im Dienste der Stadt Mannheim tätig, er übernahm jetzt eine Stadtratsstelle in Frankfurt a. M.

An Stelle des verstorbenen Stadtrats Hermann Barber hat Stadtvorordneter Wilhelm Schmidt in den Stadtrat eingetreten. In seine Stelle tritt in den Bürgerausschuß Gipsler Georg Mangold ein.

Die im Vorjahre gegründete Geflügelzucht- und Eierproduktionsgenossenschaft hat die Halberholungsstätte der Ortrantenschule im Materialerwalde erworben. Es sind Stallräume für 2000 Hühner geschaffen worden. — Gestern mittag wurde unterhalb der Friedriedsbrücke im Neckar eine weibliche Leiche gefunden. Man vermutet, daß es diejenige einer seit einiger Tagen vermißten 53jährigen Frau von hier ist.

oc. Heidelberg, 14. Jan. Nach dem amtlichen Studentenverzeichnis wird unsere Universität von 2988 Studierenden besucht, die aus dem deutschen Reich, von 50, die aus dem Auslande stammen. Die Gesamtzahl der Studierenden beträgt also 2418, darunter 844 Frauen. Bodener sind 891 immatrikuliert. Im Kriegsdienst stehen: theol. Fakultät 143, juristische Fakultät 265, med. Fakultät 255, philosoph. Fakultät 380 und naturw.-mathem. Fakultät 206, zusammen 1649.

oc. Wertheim, 13. Jan. Der langjährige frühere General-Landwirth der deutschen Katholikentage, Fürst Karl zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg, erbliches Mitglied der Ersten Kammer in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, der vor acht Jahren zum ersten seines ältesten Sohnes, des jetzigen Fürsten Alois, verabschiedete, die Priesterweihe empfangt und als Pater Maximilianus ins Dominikanerkloster zu Venloo in Holland eintrat, ist bei den Dominikanern in Köln a. Rh. Ende voriger Woche im 88. Lebensjahr von einem Schlaganfall betroffen worden.

Bruchsal, 14. Jan. (Privat.) Im Gasthaus zum Wolf hier fand unter dem Vorsitz des Abgeordneten Piegelmaier eine große Bauernvereinsversammlung statt, die von nahezu 300 Personen, darunter zahlreichen Kriegervätern, besucht war. 65 Gemeinden hatten Vertreter zu der vorausgehenden Bezirksversammlung entsandt. Das Hauptreferat hatte der Generalsekretär des badischen Bauernvereins, Dr. Wittong aus Freiburg, übernommen, der über das Thema: „Verständigung zwischen Stadt und Land und Produktionssteigerung“ sprach. Einen warmen Appell an die Landwirte, „hauszuhalten, durchzuhalten und zusammenzuhalten“ richtete der bei der Versammlung anwesende Oberbürgermeister der Stadt Bruchsal Dr. Meißner. Die Tagung reifte den festen Entschluß, in dieser schweren Zeit alle Kräfte einzusetzen, um den endgültigen Sieg auch in der Heimat zu erringen.

W. H. Forzheim, 14. Jan. (Privattelegramm.) Durch eine Explosion im Stadt-Elektrizitätswerk wurden gestern zwei Wände und der Dachstuhl durchgedrückt. Ein Hilfsarbeiter wurde getötet und drei verletzt. Der Betrieb ist unterbrochen.

oc. Baden-Baden, 14. Jan. Vor kurzem ist hier nach längerem Leiden die frühere Vorsitzende des Seminars für Haushaltungslehre in Karlsruhe, Fel. Wilhelmine Mayer, gestorben. Sie kam aus Wertheim und stand dem Seminar für Haushaltungslehre 23 Jahre lang vor. Bei ihrer Feuerbestattung legten Kränze am Targe nieder eine Vertreterin im Namen sämtlicher Haushaltungslehre, Vertreterinnen des Lehrerinnenvereins der Gruppe technischer Lehrerinnen, der Haushaltungslehre in der Städte Mannheim, Heidelberg, Forzheim, Freiburg und Durach und der jetzigen Schülerinnen des Seminars. Auch Großherzogin Luise sowie der Bad. Frauenverein entsandten Vertreter und ließen Kränze niederlegen.

oc. Bad Dürkheim, 13. Jan. Beim Hebewerben auf dem Bahnhof Stramburg stürzte der Landwirt Rader Klau von hier von einem Wagen ab und erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er starb.

oc. Erbach bei Oberried, 13. Jan. Der 43jährige Landwirt Roman Schindler geriet in der Dunkelheit in die Rensch und ertrank.

oc. Rehl, 14. Jan. In Neumühl wurde die Leiche des 53jährigen Lokomotivführers Robert Hoch aus Offenburg gefunden, der infolge Krankheit den Tod im Wasser gesucht hat.

oc. Offenbach, 14. Jan. Aus Plumberg sind hier acht Kisten mit Gemüse und andern Lebensmitteln eingegangen. Sie waren von Fel. Lehrerin Bläßi gesammelt und wurden teils der Kriegslage, teils dem Hunger in der Pfalz zugewiesen.

oc. Freiburg, 14. Jan. Der Stadtrat hat die Vergütung für Beaufsichtigung von Kindern, die bei Angehörigen des Kindes erzogen und ernährt werden, von monatlich 7 M. auf 10 M. vom 1. Jan. an die hiesige Stadt erhöht. — Das Gelände im Industriegebiet wurde für den Anbau von Kartoffeln und Gemüse dem städtischen Gemeindefiskus überwiesen.

oc. Bonndorf, 14. Jan. Die Kinder von Lausheim und Blumtag sammeln 22 Zentner Nahrungsmittel, die nach Karlsruhe für die bedürftige Bevölkerung gesandt wurden.

oc. Schopfheim, 14. Jan. Die Kriegsküche wird hier so wenig benötigt, daß die Stadtverwaltung ihre Schließung in Aussicht genommen hat.

H. Grimmlshofen (Amt Bonndorf), 13. Jan. Hier wurden diese Woche zwei zivilisiertere Franzosen, welche in Raftart entwichen waren, von einem Landsturmmann festgenommen. Dieselben hatten über ihre Kleidung ein weißes Hemd angelegt, um in dem Schutze nicht so leicht gefangen zu werden.

W. H. Konstantz, 13. Jan. (Nichtamtlich.) Die Transporte der 50 000 französischen Evakuierten werden, wie offiziell mitgeteilt wird, am Montag, den 15. Januar ihren Anfang nehmen. Wahrscheinlich wird in Umgehung der früheren Kriegsgesetze diesmal der Weg über Basel-Lausanne genommen werden.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 15. Januar.

Die Herzog-Albrecht-Spende von 6000 Schweinen und das dicke Ende.

Nach einem uns freundlichst zur Verfügung gestellten Rundschreiben des Standorts-Lebensmittel-Amtes Mannheim an die hiesigen Fabriken sind seitens des Herzogs Albrecht von Württemberg für die „Hindenburgkinder“ 6000 Schweine gestiftet worden, wovon 300 Schweine auf die Schwerstarbeiter im Großherzogtum Baden entfallen. Es handelt sich, wie es in dem Schreiben heißt, um bereits geschlachtete, vom Ausland eingeführte Schweine, von denen ein Teil leicht eingezogen ist und ein anderer Teil sich noch in frischem Zustand befindet. Das Fleisch ist bereits in Mannheim eingetroffen und soll in diesen Tagen verhandelt werden.

Soweit dürfte der Wert des Rundschreibens allenthalben dankbare Gefühle gegen den Spender auslösen und man wird es menschlich begreiflich finden, wenn einem als Abonnent der städtischen Kriegspeisung beim Lesen das Wasser im Munde zusammenläuft. Aber, wie bei so vielen Dingen im Leben kommt auch hier das bekannte „dicke Ende“ erst nach. Weiter unten heißt es nämlich: „Obgleich der genaue Einstandspreis vorläufig noch nicht bekannt ist, glaubt das Amt nach überschlägiger Berechnung mit einem Preis von ungefähr 3 Mark für ein Pfund (Abänderungen nach unten und oben vorbehalten) rechnen zu müssen“. Man sieht also, daß nicht nur das Fleisch, „leicht gefalzen“ wurde, sondern gleichzeitig etwas stark auch der Preis; und dabei ist er noch „freileibend“.

Eine hiesige Firma, der durch das Rundschreiben ebenfalls ein Posten dieses Fleisches angeboten war, antwortete dem Standorts-Lebensmittel-Amt Mannheim wie folgt:

„Von dem Inhalte Ihres Rundschreibens vom 11. ds., Verteilung von Schweinefleisch an Schwerstarbeiter betr., haben wir seitens Kenntnis genommen. Wir gestatten uns, Ihnen hierauf höflich zu erwidern, daß unsere Schwerstarbeiter es begrüßen, wenn ihnen auf diesem Wege ein Zusatz von Fleisch geboten wird. Sie bebauern jedoch von dieser Gelegenheit keinen Gebrauch zu können, da der Preis den gegenwärtigen Ladenpreis um rund 50 Prozent übersteigt. Der angelegte Verkaufspreis von 3 M. wird von unseren Arbeitern allgemein als „Wucherpreis“ bezeichnet und wir wollen vornehmlich der Hand von diesem Geschäft lassen, um nicht mit den Preisüberwachungsstellen in Konflikt zu kommen.“

Unsere Arbeiterchaft ist der Meinung, daß der Preis, da es sich in diesem Falle um eine Stiftung bzw. Spende handelt, eher niedriger als der Ladenpreis sein müßte und sie würden es von Herzen begrüßen, wenn ihnen das angebotene Fleisch zu billigerem Preis überlassen werden könnte.“

Von einem „Wucherpreis“ kann ja nun allerdings wohl in dem Sinne, als ob die beteiligten Stellen hier ungebührliche Aufschläge machen, nicht gesprochen werden, nachdem man weiß, daß es sich um ein geführtes Schweinefleisch handelt, wobei die im Ausland ebenfalls in die Höhe getriebene Einkaufspreise, die niedrige deutsche Valuta, Transportkosten usw. in Berücksichtigung zu ziehen sind. Immerhin bedarf die Frage der Aufklärung, was es mit der Bezeichnung „Stiftung“ oder „Spende“ auf sich hat. Wenn eine derartige Persönlichkeit 6000 Schweine „stiftet“, so nimmt man wohl allgemein an, daß es sich um eine Spende ohne Entgelt handelt, sonst ist es eben keine Stiftung, sondern etwas, was jeder andere auch machen kann.

Parteiversammlung.

Wir machen an dieser Stelle nochmals auf die am Mittwoch, 17. Jan. stattfindende Versammlung des sozialdem. Vereins aufmerksam, in welcher Landtagsabgeordneter und Stadtrat Kolb einen Vortrag über Politische Rundschau halten wird. Die Versammlung findet nicht wie zuerst angekündigt, in der Gewerkschaftszentrale, sondern in der Restauration „Auerhahn“ (Nebenzimmer) statt. Wir bitten die Parteigenossen, dies zu beachten. Es wird erwartet, daß die Veranstaltung gut besucht wird.

Kriegspeisung. Vom Stadt. Nachschauamt wird uns geschrieben: Wie schon bekanntgegeben, ist das städtische Kriegspeisungsamt infolge reichsgerichtlicher Anordnung gezwungen, von den Teilnehmern an der Kriegspeisung Lebensmittelmarken zu verlangen. Ab 15. Januar werden für je einen Liter und je eine Woche erhoben: Fünf Zehntelmarken für Fleisch, zehn Kastoffelmarken oder die entsprechende Anzahl der hier gültigen Kastoffelmarken, ferner zwei Brotmarken für je 50 Gramm Brot zur Deckung des Mehlsbedarfs. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß diese Bestimmungen notwendig waren, um eine Doppelverjüngung Engländer zu verhindern. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß das städtische Kriegspeisungsamt die Lebensmittel, die es zur Verwendung in den Kriegsküchen braucht, nur geliefert bekommt gegen Abgabe der von den Konsumenten abgelieferten Lebensmittelmarken.

Von anderer Seite schreibt man uns: Es wird sehr unangenehm empfunden, daß man dem Publikum zumutet, die Kartoffeln zum Umlauf gegen Marktmarken ins Gaswerk oder in den Schlachthof zu tragen. Könnte man nicht für jeden Stadteil eine Sammelstelle errichten und in jeder Woche einen bestimmten Tag und eine bestimmte Zeit festsetzen, an welchem Kartoffel umgetauscht werden können? Wir schlagen den Mittwoch nachmittags von 3-5 Uhr für jede Woche vor, dann haben auch diejenigen Leute, die Tag- und Nachtschicht arbeiten, Gelegenheit zum Umlauf. Ferner dürfte es angebracht erscheinen, die Wochenkarten vom Dienstag bis zum Montag laufen zu lassen, denn es gibt auch Leute, die ihren Lohn erst Samstag abends spät oder auch erst Sonntag erhalten, also am Samstag keine Wochenkarte mehr lösen können. Im übrigen wollen wir abwarten, ob durch die Restabgabe von Lebensmittelmarken auch eine wesentliche Verbesserung und eine höhere Kennung der Speisen eintritt. Der Speisezettel für diese Woche bringt hierin schon eine Besserung und wollen wir hoffen, daß auf diesem Wege weitermarkiert wird. Stellt sich heraus, daß das Essen aus der Kriegsküche ein vollständiges

gutes und kräftiges Mittagessen darstellt, dann ist über die Restabgabe von Lebensmittelmarken nicht viel zu sagen.

* Vier Lokomotiven der badischen Staatsbahnen sind, wie die „Bad. Presse“ meldet, am Samstag abend als Sonderzug von hier über München-Wien-Budapest nach Rumänien abgegangen. Sie tragen das Badische Wappen und auf besonderem Schild „Militär-Eisenbahn-Direktionsbezirk Budapest“. Auch andere Maschineninspektionen der badischen Eisenbahnenverwaltung haben eine entsprechende Zahl Lokomotiven nach Rumänien abgegeben, wie früher schon nach den von uns besetzten Gebieten Frankreichs, Belgiens und Rußlands.

Na. Die Milchlieferungen der städtischen Gutsverwaltung haben, wie schon gemeldet, in der kurzen Zeit des Bestehens der städtischen Milchwirtschaft eine ständige Vermehrung aufzuweisen. Nach einer Zusammenstellung der städtischen Gutsverwaltung hat diese im abgelaufenen Jahre 1916 insgesamt 414 743 Liter Milch zur Verteilung an die Bevölkerung abliefern können, ein ansehnlicher Beitrag zur allgemeinen Milchversorgung.

* Die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. Warenabteilung 15. Käse, gibt bekannt, daß die Geltungsdauer der Regelung von Einfuhr und Vertrieb von Schweizer Käse (Emmentaler Käse) — Bestimmungen vom 20. September 1916 — zunächst bis 30. April 1917 verlängert wird. Den gleichen Bestimmungen werden von jetzt an auch Einfuhr und Vertrieb von Schweizer Käse unterworfen, jedoch wird für die Käseorten die für die Zulässigkeit der Verrechnung erforderlichen Mindestmenge auf nur 100 Kilogramm festgesetzt, die Bestimmungen für Verkauf im Zwischenhandel und im Auschnitt kommen bei ihnen nicht zur Anwendung und der Großhandelshöchstzuschlag von 10 Pfg. für das Pfund gilt nur bei Abgabe der Ware in Originalpackung, wird dagegen auf 15 Pfg. erhöht, soweit die Ware in Teilmengen (nicht in Originalpackung) abgegeben wird. Abdrücke der für Einfuhr und Vertrieb von Schweizer Käse geltenden Bestimmungen sind von der Rechnungsstelle für Schweizer Käse in München 8 zu beziehen. Bis auf weiteres dürfen folgende Preise bei dem Verkauf an den Verbraucher im Kleinhandel nicht überschritten werden: bei Schweizer Hartkäse (Emmentaler Käse) und Hartem (getrocknetem) Kräuterkäse 2,60 M., bei weichem Kräuterkäse 2,40 M. für ein Pfund.

* Auskunftsstelle für Frauenberufe. In einer Zeit, da alle Kräfte dem Vaterland zur Verfügung stehen müssen, ist es von größter Wichtigkeit, daß die einzelnen gerade an der Stelle eingesetzt werden, wo sie am meisten zu leisten imstande sind. Darum ist es mehr denn je nötig, daß die Jugend, die in das Berufsleben eintritt, genau ihre Kräfte prüft und sich von Erfahrenen beraten läßt, wie sie sich auf ein bestimmtes Gebiet festlegen. Für die weibliche Jugend ist in Karlsruhe dem „Stadt-Arbeitsamt“ die Auskunftsstelle für Frauenberufe (Fährigerstr. 100, 3.), Zimmer Nr. 20 angegliedert, wo jeden Dienstag und Freitag von 4-6 Uhr unentgeltliche Sprechstunden stattfinden.

* Gartenbauverein. In der letzten Monatsversammlung des Gartenbauvereins wurde bekannt gegeben, daß es der Vereinsleitung trotz der hohen Preise möglich ist, den Mitgliedern den für das laufende Jahr erforderlichen Gemüsesamen zu liefern. Die Verteilung eines Gartenarbeitskalenders an die Anwesenden wird mand. dem Gartenbesitzer neue Anregungen und so zur Hebung des Gemüsehauens im Kleingarten beitragen. — Hierauf hielt Herr Franz Weil den angelegentlichsten Vortrag über „Grabinschriften und Wärdern, Erinnerungen aus Holzgeräten“. Durch eine große Anzahl während einer Reihe von Jahren gesammelter Aufschreibungen auf Grabsteinen und Wärdern aus der Vorrede eine Schilderung des Geistes- und Gemütslebens unserer Gebirgsbewohner. Einfach wie ihre Lebensweise sind auch ihre Grabinschriften; was die Leute denken, bringen sie auch in Wort und Schrift zum Ausdruck. Unberechtigtes Lob liegt ihnen fern; dagegen muß sich mancher, dessen Lebensweise vielleicht nicht ganz einwandfrei gewesen ist, eine entsprechende Kritik auf seinem Grabstein gefallen lassen. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den wissenschaftlichen Ausführungen, die auch der Betrachtung der Grabdenkmäler und Aufschreibungen vom künstlerischen Standpunkt aus Rechnung trugen, und gab ihrem Dank für das Gebotene durch reichen Beifall Ausdruck. Die übliche Pflanzenverlosung bildete den Schluß des Abends.

* Unfall. Ein hier wohnhafter 58 Jahre alter Tagelöhner taumelte gestern abend vor einer Wirtshaus in der Karlsrufer gegen einen elektrischen Straßenbahnwagen, wurde umgeworfen und einige Meter weit geschleift. Er trug einen Schädelbruch davon und wurde in lebensgefährlich verletztem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

* Zur Anzeige gelangte ein Speereihändler in der Südstadt, der für 1 Paket Sunlichtseife, das er zu 86 Pfg. einkaufte, 4 M. (!) verlangte, wegen übermäßiger Preissteigerung; sowie eine Pflegerin aus Frankfurt wegen Wabrjagen.

Letzte Nachrichten.

Ein preussischer Wahlreform-Entwurf?

Berlin, 14. Jan. Der „Vorwärts“ teilt mit, wie in Abgeordnetenkreisen erzählt werde, sollte der Entwurf einer Wahlreform für Preußen bereits fertig im Ministerium des Innern liegen und zwar soll er ein allgemeines, direktes und geheimes, aber abgestuftes Wahlrecht bringen. Mit einer solchen Reform könne sich die Sozialdemokratie natürlich nicht zufrieden geben.

Kein Remontankauf für 1917.

W. H. Berlin, 14. Jan. (Amtlich.) Mit Rücksicht darauf, daß die jungen Pferde für schlendere ältere in der Landwirtschaft gebraucht werden, fällt der Remontankauf im Jahre 1917 aus.

Wenn unter besonderen Umständen ein Züchter seine dreijährigen Remonten nicht als Arbeitspferde zu verwenden braucht und keine Gelegenheit findet, sie anderwärts abzugeben, so wird die Heeresverwaltung, sofern die Verhältnisse es irgend gestatten, auf Antrag diese Pferde ausnahmsweise mustern und alle Remonten ankaufen lassen. Allerdings muß es sich dabei um entsprechend große und gute Aufstellungen handeln.

Reichstagsabg. Meding gefallen.

W. H. Hannover, 13. Jan. (Nichtamtlich.) Der Reichstagsabgeordnete v. Meding hat auf dem Felde der Ehre den Tod gefunden.

Eine große Stiftung.

W. H. Berlin, 13. Jan. (Nichtamtlich.) Der Geh. Kommerzienrat Oskar Bldner aus Götting hat der National-Stiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, leihwillig einen Betrag von weit über 1 Million Mark zugewendet.

Was die Welt nicht wissen darf.

W. H. Berlin, 14. Jan. Die Befanntgabe von Briand's Erklärungen über die Salonikidwierigkeiten im Haushaltsausschuß der französischen Kammer wurden von der Zeitung unterdrückt.

Zur Vorgeschichte des Friedensangebots der Mittelmächte.

W.B. Berlin, 14. Jan. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Zur Vorgeschichte des Friedensangebots der Mittelmächte, das die Feinde als ein unaufrichtiges Kriegsmanöver hingestellt haben, ist das nachfolgende kaiserliche Handschreiben an den Reichskanzler ein Beitrag von besonderer Bedeutung:

Neues Palais, den 31. Okt. 1916.

Mein lieber Bethmann!

Unser Gespräch habe ich noch nachher gründlich überdacht. Es ist klar, die in Kriegsspannung befangenen, von Lug und Trug im Wahn des Kampfes und im Saßgehaltenen Völker unserer Feinde haben keine Männer, die im Stande wären, die den moralischen Mut befähigen, das befreiende Wort zu sprechen. Den Vorschlag zum Frieden zu machen, ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt, auch die Neutralen, von dem auf allen lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat und sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz für seine und die feindlichen Menschen, der unbekümmert um die eventuell absichtlichen Mißdeutungen seines Schrittes den Willen hat, die Welt von ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu, ich will es auf Gott wagen! Legen Sie mir die Noten vor und machen Sie alles bereit.

(G.): Wilhelm I. R.

Unsere Feinde können sich darauf verlassen, daß der Ehrlichkeit des in diesem kaiserlichen Schreiben befundenen Friedenswillens die rücksichtslose Entschlossenheit entsprechen wird, mit der wir den Krieg, dessen Fortsetzung sie uns aufgezwungen haben, bis zum siegreichen Ende durchzuführen werden.

Die rumänischen Verluste.

W.B. Berlin, 14. Jan. Dem „B. L.“ wird aus Genf gemeldet: Nach einer Radiodepeche aus Jassy versteht sich die rumänische Regierung, die bisher keine Verlustlisten ausgab, jetzt zu der Bekanntgabe, daß von 600 000 Mann, mit denen das rumänische Heer ins Feld rückte, 200 000 gefallen oder verwundet und 100 000 gefangen worden sind.

Eröffnung des polnischen Staatsrats.

Warschau, 15. Jan. Im historischen Säulenhof des Stadtschlosses, in dem am 5. November v. J. die Verkündigung des Königreichs Polen stattgefunden hatte, wurde gestern der provisorische Staatsrat durch die Generalgouverneure General der Infanterie v. Deseiler und Feldzeugmeister Kud feierlich eröffnet. Rechts und links von der mit Blumenkranz umgebenen Estrade standen die deutschen und die österreichisch-ungarischen Regierungskommissare, der Stadtschreiber Generalgouverneur v. Deseiler, die Beamten der deutschen Zivilverwaltung, die Offiziere und Beamten des österreichisch-ungarischen Militärkommandos in Polen, die österreichisch-ungarische Vertretung in Warschau und das Regimentskommando, in der Mitte, die Runde füllend, die Mitglieder des Staatsrats, sowie die geladenen polnischen Gäste. Um 12 Uhr erschienen die beiden Generalgouverneure und betreten die Estrade. Zuerst richtete Generalgouverneur v. Deseiler eine Ansprache an die Versammlung, die von dem deutschen Regierungskommissar Grafen Hutten-Czapostki in polnischer Sprache wiederholt wurde. Hierauf nahm der I. und II. Generalgouverneur Feldzeugmeister Kud das Wort zu einer Rede, die der I. und II. Regierungskommissar in polnischer Sprache wiederholte. Beide Ansprachen übten eine tiefe Wirkung auf die Zuhörer aus. Darauf trat aus der Mitte des Staatsrats der Großgrundbesitzer Wiermajowski, der Enkel des letzten Vorsitzenden der Nationalversammlung des Königreichs Polen im Jahre 1890, vor und hielt eine Ansprache an die beiden Generalgouverneure, die von einem andern Mitglied des Staatsrats, ins Deutsche überetzt, wiederholt wurde. Darauf erklärte Generalgouverneur v. Deseiler im Namen des deutschen Kaisers und des Kaisers von Österreich-Ungarn den provisorischen Staatsrat für eröffnet. Hiernach trat Geh. Rat Franz v. Konopka vor und bestimmte für heute Montag 12 Uhr die erste Sitzung des Staatsrats im Palais Krasiński und setzte die Tagesordnung fest: Wahl des Kronmarschalls und seines Stellvertreters. Dann stellten die beiden Generalgouverneure die Kommission dem Staatsrat vor, worauf der deutsche und der österreichisch-ungarische Regierungskommissar den einzelnen Mitgliedern des Staatsrats die Verjüngungsurkunden überreichten. Die Staatsratsmitglieder wurden dann noch einzeln von den beiden Regierungskommissaren den Generalgouverneuren vorgestellt, die noch längere Zeit im Gespräch mit ihnen verweilten. Vor der Sitzung des Staatsrats im Krasiński-Palast findet in der St. Johannes-Kathedrale ein feierlicher Gottesdienst statt.

Stegemann über die Kriegslage.

Bern, 13. Jan. Im „Bund“ kommt Stegemann in der heutigen Betrachtung der allgemeinen Kriegslage zu nachstehendem Schluß: Die allgemeine Kriegslage wird heute von den militärpolitischen Gesichtspunkten beherrscht, die durch die Bekanntgabe der Kriegsziele der Entente und mehr oder weniger unbestimmte Umschreibung der Kriegsziele der Zentralmächte fixiert worden sind. Sie entzieht sich daher fortan der absoluten militärischen Betrachtungsweise. Dadurch wird ein Element der Unsicherheit wirksam, das die letzte Phase des europäischen Krieges für die kriegführenden Parteien zur blutigsten, kampfhaftesten und gewaltigsten machen und besonders jenen Interessenten...

band aktiv sehen wird, der die proklamierten territorialen Ziele noch erreichen muß und für die Neutralen zur gefährlichsten machen wird, weil man nun von einem Tag auf den andern in wirtschaftlicher und militärischer Beziehung vor eine neue Situation gestellt werden kann. Unter diesen Umständen wird auch die vom ozeanischen Toben des Weltkrieges umbränderte Schweiz nicht umhin können, sich ihrer insularen Lage entsprechend vorzusehen und ihre Lebenshaltung den bittersten Verhältnissen anzupassen und ihre militärische Bereitschaft und politische Unabhängigkeit unter vollkommener Wahrung ihrer Neutralität nach allen Seiten tunlichst sicherzustellen.

Beratung des amerikanischen Kabinetts über die Note der Entente.

W.B. Washington, 13. Jan. (Nichtamtlich.) Neuter. Die Antwort der Entente wurde im Kabinettsrat besprochen. Hierauf konferierte Lansing mit Präsident Wilson.

Kriegswucher, Kriegsschwindel.

* Bericht über Getreidehändler. Die Strafammer in Konigsberg verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Leiter des Kriegsgetreideamts des Kreises Tugel, den früheren Mühlenbesitzer Berndt aus Tugel, wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz, Bestechung sowie wegen übermäßiger Preissteigerung zu 1 Jahr Gefängnis, 78 450 Mk. Geldstrafe bezw. für je 15 Mk. zu einem weiteren Jahr Gefängnis, jedoch nicht über zwei Jahre, und fünf Jahren Ehrverlust. Berndt war an den Getreidebeschreibungen von Westpreußen nach Berlin beteiligt.

Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Neubau von 4 Transformatorhäusern sind 1. Schreinerarbeiten und 2. Schlosserarbeiten und 3. Schmiedelarbeiten zu vergeben.

Arbeitsbeschreibungen sind während der Geschäftsstunden im Gaswerk II, Schlachthausstraße 3, Zimmer Nr. 5, erhältlich, wo auch die Bedingungen und Zeichnungen eingesehen werden können.

Enda sind auch die Angebote bis Freitag, den 19. Jan. 1917, vorm. 11 Uhr, einzureichen.

Karlsruhe, den 12. Jan. 1917. Direktion der städt. Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerke

Erfahrener, selbständiger Maler

welcher im Malerieren von Möbeln bewandert ist, für dauernde Stellung bei gutem Lohn gesucht.

Emanuel Kahn, Gerrenstr. 23.

Damen-Pelze von Mk. 14.75 an Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 34

Gesucht

für sofort und später Köchinnen, Mädchen, für einf. bürgerliche Küche. S.ädt. Arbeitsamt Jähringerstr. 100.

Soziale Rundschau.

* Versicherungsfragen. Amlich wird bekanntgegeben: Da eine Vornahme von Wahlen nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung während der Kriegsdauer nicht erwünscht erscheint, wird in Abänderung der Bekanntmachung vom 18. April 1916 (Reichsgesetzblatt S. 321) durch eine Verordnung des Bundesrats vom 11. Januar 1917 der Zeitpunkt, bis zu welchem die Amts-dauer der Vertreter der Unternehmer oder anderen Arbeitgeber und der Versicherer bei Versicherungsbehörden und Versicherungsträgern sowie der nicht ständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts und der Landesversicherungsämter längstens erstreckt worden ist, auf den Schluß des Kalenderjahres festgesetzt, das dem Jahre folgt, in welchem der Krieg beendet ist. (W.B.)

Briefkasten der Redaktion.

Postaussteller. Nach dem maßgebender Stelle eingeholter Information besteht nicht die Absicht, die ledigen Postaussteller von der Gewährung der Teuerungszulage grundsätzlich auszuschließen. Die hiesigen Verkehrsämter sind inzwischen bereits angewiesen, diesen Ausstellern, wenn bei ihnen die allgemeinen Voraussetzungen für die Bewilligung von Teuerungszulagen zutreffen, die Zulagen von 40 Mk. auszubehalten. Daß die Auszahlung nicht schon früher erfolgt ist, hat in der zu Anfang des Monats bestandenen Arbeitsanhäufung seinen Grund. Die anderen Fälle B. 3. und M. unterliegen zurzeit der näheren Prüfung und sollen in kürzester Frist zur Erledigung kommen.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kolb; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Preiswerte

Damen-Kleidung

Jacken-Kleider aus guten Stoffen, teilweise vorjähr. Stücke 29.75 38.00 48.00 55.00

Seidene Kleider je nach Preislage schwarz und farbig, in schöner moderner Ausführung 39.00 49.00 68.00 85.00

Blusen je nach Preis, weiss und farbig, aus Seide, Wolle, Batist, Schleierstoff und besticktem Mull, in schöner Ausstattung 2.90 3.90 5.90 8.25 13.75 15.75

Jacken und Mäntel gute und warme Stoffe, geschmackvoll verarbeitet 29.75 38.00 45.00 58.00

Regen-Mäntel imprägniert, je nach Preis aus Seide, Wolle und Baumwolle 35.00 42.00 54.00 78.00

Unter-Röcke je nach Preislage aus Seidentrikot, Taffet, Atlas und Gloria 11.75 13.75 16.50 19.75

Gestrickte Mäntel

reine Wolle für Damen Backfische Kinder 28.50 14.50 17.50 6.75 8.75

Garn Damenhüte

2.75 4.75 7.50 Pelzkappen 11.50 Pelzhüte 16.50

Hermann TIETZ

Die Reinigung von Bett- und Tischwäsche

übernimmt zu folgenden Preisen: Oberbettuch von 24 an, Unterbettuch 20 an, Blinneaubezug 22 an, Riffendeck 12 an, Handtuch 8 an, Tischtuch 20 an, Serviette 8 an. Dampfwaschanstalt August Pfützner Karlsruhe-Müppur, Langestraße 2.

Harmoniums

in grosser Auswahl, die besten Fabrikate von M 165.- an Teilzahlung gestattet. Auf Wunsch mit Spielapparat, ohne Notenkenntnis von jedermann sofort spielbar. Mehrpreis M 60.- Odeon-Haus Karlsruhe, Kaisersstrasse 175, Telefon 339.

„Ein echt deutscher Sieg“ Erstaufführungsrecht „Der Schicksals-Pfeil“ mit Waldemar Psilander Schauspiel in 3 Akten. Ueberschwemmungen in Schweden. PT. Nur noch heute und morgen! Zum gef. Besuche ladet ergebenst ein Palast-Lichtspiele. Direktion u. Besitzer Friedrich Schulten. 1/2 Minute von der Elektr. Haltestelle Herren-Strasse.

Bekanntmachung.

Der Staatsanzeiger und das amtliche Verkündigungsblatt veröffentlichten eine Bekanntmachung des Kgl. stellv. Generalkommandos des 14. Armeekorps vom 10. Januar 1917 Nr. M. 1/12. 16 RM, betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von Prospektstücken aus Zinn von Orgeln und freiwillige Ablieferung von anderen Zinnpfleifen-Schallröhren usw. von Orgeln und sonstigen Musikinstrumenten. Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Gr. Bezirksamt sowie den Bürgermeisterämtern eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen.

Karlsruhe, den 11. Januar 1917.
Gr. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Der Staatsanzeiger und das amtliche Verkündigungsblatt veröffentlichten eine Bekanntmachung des Kgl. stellv. Generalkommandos des 14. Armeekorps vom 12. Januar 1917 Nr. N. 1200/12. 16 A II 4, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Calcium-Carbid. Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Gr. Bezirksamt und den Bürgermeisterämtern eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen.

Karlsruhe, den 12. Januar 1917.
Gr. Bezirksamt.

Stellv. Gen.-Kdo. XIV. A. R.
Kriegsamtstelle
Ile Nr. 1367.

Karlsruhe, den 8. Januar 1917.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Wie verlautet, ist es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß in Tageszeitungen von damit nicht ausdrücklich betrauten Verbänden Ankündigungen erlassen werden, in denen zur Anmeldung für den vaterländischen Hilfsdienst aufgefordert wird.

Derartig selbständiges Eingreifen steht der einheitlichen Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst entgegen.

Es wird daher betont, daß die Erlassung von Aufrufen auf Grund dieses Gesetzes lediglich dem Kriegsamt bzw. den Kriegsamtstellen vorbehalten bleiben muß.

Eine dankenswerte Mitwirkung anderer Stellen käme nur insofern in Frage, als von ihrer Seite für eine ausgiebige Verbreitung der Aufrufe Sorge getragen wird.

Von Seiten des stellv. Generalkommandos XIV. A. R.
Kriegsamtstelle.
gez. Stahmer, Major.

Stellv. Gen.-Kdo. XIV. A. R.
Kriegsamtstelle
Ile Nr. 1060.

Karlsruhe, den 8. Januar 1917.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst.

Hierzu gibt das stellv. Generalkommando des XIV. A. R. bekannt:

Für das Artilleriedepot Nastatt werden etwa 80 Hilfsdienstpflichtige gesucht und zwar: Schlosser, Mechaniker, Elektrotechniker, Schreiner (Schäftemacher) und Sattler.

Es werden ausdrücklich nur diejenigen Personen zur freiwilligen Meldung aufgefordert, die gewillt und nach ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten geeignet sind, die in Betracht kommenden Obliegenheiten zu übernehmen.

Die Entlohnung geschieht auf Grund freier Arbeitsverträge nach ortsüblichen Sätzen.

Meldungen haben sofort an das Artillerie-Depot Nastatt zu erfolgen.

Der stellv. kommandierende General.
Isbert, Generalleutnant.

Stellv. Gen.-Kdo. XIV. A. R.
Kriegsamtstelle
Ile Nr. 1217.

Karlsruhe, den 6. Januar 1917.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst.

Hierzu gibt das stellv. Generalkommando des XIV. A. R. bekannt:

Für den Bau einer Fabrik und einer Brücke in Neckargimmern werden dringend gesucht:

1. 710 Erdbauer und ungeübte Bauhilfsarbeiter; Lohn 55 Pfg. und 10 Pfg. Kriegszulage pro Stunde.
2. 30 Maurer und Zementure; Lohn 70—75 Pfg. und 10 Pfg. Zulage für einheimische (d. h. aus der Gegend stammende), 80—85 Pfg. und 10 Pfg. Zulage für auswärtige.
3. 82 Zimmerleute; Lohn 80 Pfg. und 10 Pfg. Zulage für einheimische, 90 Pfg. und 10 Pfg. Zulage für auswärtige.
4. 10 Schlosser und Maschinisten; Wochenlohn 55 Mk., Ueberstunden extra, Normalarbeitszeit 10 Stunden.
5. 15 Eisenflechter; Lohn wie oben für Zementure.
6. 3 jüngere Kaufleute, welche Schreibewand sind und als Bauhelfer verwendet werden können. Lohn nach Uebereinkunft.

Die Arbeiter erhalten Schlafstätten in Baracken und Verpflegung durch die Arbeitgeber und haben zu zahlen: 60 Pfg. für Mittagessen, 40 Pfg. für Abendessen, 10 Pfg. für Kaffee, 30 Pfg. für Uebernachten.

Ferner werden dringend gesucht für die Bedienung der

Neckarwagenfähre zwischen Neckargimmern und Hahnheim:

2 des Jahres kundige Schiffer.
Die Entlohnung erfolgt auf Grund freier Arbeitsverträge nach ortsüblichen Sätzen.

Es werden ausdrücklich nur diejenigen Personen zur freiwilligen Meldung aufgefordert, die gewillt und nach ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten geeignet sind, die in Betracht kommenden Obliegenheiten zu übernehmen.

Meldungen sind sofort an das Bezirkskommando Nastatt einzureichen.

Der stellv. kommandierende General.
gez. Isbert, Generalleutnant.

Stellv. Gen.-Kdo. XIV. A. R.
Kriegsamtstelle
Ile Nr. 1091.

Karlsruhe, 6. Januar 1917.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst.

Hierzu gibt das stellvertretende Generalkommando des XIV. A. R. bekannt:

Zur Ausführung von Verhärtenungen hinter der Front gelegener Dörfer, insbesondere von Betonbauten, wird geeignetes technisches Personal (Baumeister, Maurermeister, Tiefbaumeister, pp. oder Personen, die im bürgerlichen Bauhandwerk als Leiter beschäftigt waren), gesucht.

Es werden ausdrücklich nur diejenigen Personen zur freiwilligen Meldung aufgefordert, die gewillt und nach ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten geeignet sind, die in Betracht kommenden Obliegenheiten zu übernehmen.

Die Entlohnung geschieht auf Grund freier Arbeitsverträge. Die Höhe des Lohnes oder Gehalts wird nach Arbeitsart und Dauer, sowie nach der Leistung festgesetzt; eine auskömmliche Bezahlung wird zugesichert.

Meldungen mit Lebenslauf und, soweit vorhanden, mit Befähigungsnachweisen und Zeugnisabschriften sind an das stellv. Generalkommando des XIV. A. R. — Kriegsamtstelle — Abt. IIc bis zum 24. Januar 1917 zu richten.

Der stellv. kommandierende General.
Isbert, Generalleutnant.

Bekanntmachung

über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäscheartikeln und getragenen Schuhwaren.

Die Durchführung der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 23. Dezember 1916 über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäscheartikeln sowie getragenen Schuhwaren ist für den Bezirk des Kommunalverbandes Karlsruhe-Stadt der örtlichen Amtsstelle für den Bezug von Web-, Woll- und Strickwaren (Befreiungsbüro), Friedrichsplatz 5, übertrugen.

Für den Verkauf obiger Gegenstände sind zwei Annahmestellen eingerichtet und zwar:

1. Douglasstraße 24 im Seitenbau, 2. Stock,
2. Städtisches Rathaus, Schwannstraße 6.

Die Annahmestellen sind von Dienstag, den 16. Januar an geöffnet; jeweils werktäglich vormittags von 9—11 Uhr, nachmittags von 2—5 Uhr.

Bilfig unbrauchbare und unsaubere Kleidungs- und Wäscheartikel werden nicht angenommen.

Für die angelegerten Gegenstände wird, soweit sie nicht gesondert überlassen werden, ein angemessener Preis bezahlt, der durch Abschätzung festgestellt wird. Dieser Preis ist für den Verkäufer sowohl als auch für die Annahmestelle bindend.

Jeder Verkäufer erhält eine Anweisung für die Stadtkassette A, die auf Verlangen der Anweisung dem Ueberbringer alsbald den festgesetzten Preis ausbezahlt.

Dem Verkäufer, der getragene Kleidungsstücke abgibt, um dafür Bezugsscheine für besonders teure Kleidungsstücke (Bezugsscheine C) oder für Luxusfußwaren (Bezugsscheine D) zu erlangen, hängt die Annahmestelle alsbald eine Annahmefestsetzung aus, gegen deren Ablieferung die Bezugsscheine bei den Bezugsscheinstellen ausgestellt werden.

Die Verkaufsstellen werden jederzeit besonders bekanntgegeben werden.

Karlsruhe, den 13. Januar 1917.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die 2. Hälfte Januar 1917 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweisnummern an folgenden Tagen statt:

- | | | |
|-------|-----------------|---|
| D. 3. | 1 bis mit 2700: | Montag, den 15. Januar 1917, |
| | 2701 " | 5400: Dienstag, den 16. Januar 1917, |
| | 5401 " | 8000: Mittwoch, den 17. Januar 1917, |
| | 8001 " | 10500: Donnerstag, den 18. Januar 1917, |
| | 10501 " | Schluss: Freitag, den 19. Januar 1917, |

jeweils vormittags von 8 Uhr bis 11 Uhr und nachmittags 1/2 bis 6 Uhr im großen Rathhauseaal.

Zur Inanspruchnahme einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungs geschäfts muß dringend darauf bestanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 10. Januar 1917.
Das Bürgermeisteramt.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Gehausgebote. Philipp Hartmann von Kaiserslautern, Geschw. Reijender alba, mit Theresia Maner von Kaiserslautern. Karl Krämer von Weub, Feldwebel-Beamten-Stellvertreter hier, mit Rosa Bauer von hier.

Eheschließung. Leo Weil von Merzig, Kaufmann alba, mit Alice Domburger von hier.

Geburten. Eugen Ottmar Herbert, v. Robert Schneider, Kaufmann. Herbert Friedrich, v. Friedrich Kiefer, Kaufmann. Wilhelmine, v. Karl Wild, Schmied. Gerda Elisabeth Hedwig Leonore Eugenie, v. Erwin Gade, Dr. med., Staatsarzt. Hans Reinhold Alfred, v. Alfred Kufel, Maler. Emil Ludwig, v. Ludwig Ungeheuer, Bahnsteigassistent. Friedrich Leopold, v. Friedrich Lautenschläger, Stadtmaler. Hilba, v. Jakob Mund, Fuhrmann. Pauline, v. Adolf Kögel, Schmied. Helena, v. Karl Höger, Schreiner. Gertrud Martha, v. Ferdinand Daligo, Tagelöhner.

Todesfälle. Rosa Landes, 68 J. alt, Ehefrau von Philipp Landes, Oberrechnungsrat a. D. Maria, 11 Mon. 5 Tage alt, v. Adel G. v. h. Bahnarbeiter. Arnold Belle, 83 J. alt, Witwer, Haus-

meister a. D.

Aufruf!

Spendet Gaben für das Rote Kreuz in Bulgarien.

Der Ortsausschuß für die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe.

Zur Entgegennahme von Gaben sind außer den feineren Zeitungen, das Nachrichtenbüro für das neutrale Ausland, Jähringerstraße 98, 1. Stock, die Firma A. J. Ettlinger, Eisenhandlung, sowie die Stadtkassette B (Rathaus, Eingang von der Hebelstraße aus) bereit.

Hauptsammlung: Stadtkassette B, Rathaus.

KONZERT

Museumsaal
Morgen
Dienstag, den 16. Jan.
abends 7/8 Uhr

Karten bei Hofmusikalienhandlg. Hugo Kuntz.
Nachfolger Kurt Neufeldt,
Kaiserstrasse 114.

von 9—1 u. 3—7 Uhr.

KINDER- MÄNTEL

in allen Grössen.
Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34

Friseurlehrling

auf sofort oder Ostern unter günstigen Bedingungen gesucht.
Friedrich Schuler,
Schützenstraße 44.

Stadtkassenbuchhalter-Gesuch.

Bei der hiesigen Stadtkassenbuchhalterstelle

Buchhalterstelle

provisorisch während der Dauer des Krieges sofort zu belegen.
Geeignete militärfreie auch kriegsbeschädigte Bewerber, welche mit dem badischen Gemeinderatungswesen vollständig vertraut sind, wollen ihre Gesuche unter Angabe der Gehaltsansprüche alsbald bei uns einreichen.
Durlach, den 12. Januar 1917.
Gemeinderat.

Offene Gehilfenstelle.

Bei der Stadtkasse sind zwei Gehilfenstellen durch

Fräulein

mit guten Kenntnissen in Büroarbeiten sofort zu belegen. Geeignete Bewerberinnen wollen sich alsbald hier melden.
Durlach, den 12. Januar 1917.
Gemeinderat.

Schwarze Damen - Paletots

von Mk. 19.75 an
Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34

Rasier - Klingen

für Sichere-App. werd. haarhart geschliffen. Dtd. 90 Pfg. 108
Kaiserstraße 18, Laden.

Hafen-, Rehe- u. sonstige Zelle

kauf, soweit beschlagnahmefrei, zu höchsten Tagespreisen:
W. Kleinberger,
Schwanenstr. 11. Teleph. 885.

Musikunststelle für Frauenberufe.

Dienstag und Freitag 4—6 Uhr unentgeltliche Sprechstunden.
Jähringerstr. 100 III. Zimmer Nr. 20